

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

71 (3.3.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 40. öffentliche Sitzung

Beilage zur Karlsruher Zeitung Nr. 71.
Dienstag, 3. März 1908.

797

Badischer Landtag.

==== Zweite Kammer. ====

40. öffentliche Sitzung

am Samstag den 29. Februar 1908.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben Sodann

1. Beratung über die geschäftliche Behandlung des Antrags der Abgg. Neuwirth u. Gen. die Stärkung des staatlichen Hagelversicherungsfonds betr. — Druckfache Nr. 56 —
2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel I bis VII, IX bis XI, XX und XXI, Einnahme Titel I, II und X — Druckfache Nr. 12 —
Berichterstatter: Abg. Koppf (Fortsetzung).

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums des Innern Birkh. Geh. Rat Freiherr von und zu Bodman, Ministerialdirektor Geh. Oberregierungsrat Weingärtner, Ministerialrat Stad.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 20 Min. vormittags.

Es sind eingelaufen:

- 1) drei Petitionen zur neuen Gehaltsordnung, nämlich a. der Zeichenlehrerinnen an höheren Mädchenschulen, b. der Kanzleidiener bei den Bezirksbehörden, c. der Bureauvorsteher der Eisenbahnverwaltung;
- 2) Petition des Kanzleihilfen Johann Gönner beim Notariat VI in Mannheim um etatmäßige Anstellung und Besserung seiner Einkommensverhältnisse.

Ziffer 1 wird der Kommission für die Beamtenvorlagen, Ziffer 2 der Petitionskommission überwiesen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Der Antrag unter Ziffer 1 der Tagesordnung wird auf den Vorschlag des Abg. Dr. Binz (natl.) der Sonderkommission für die Beratung des Antrags der Abgg. Geck und Gen., die Verstaatlichung der Mobiliar- und Hagelversicherung betr., überwiesen.

Zu Ziffer 2 der Tagesordnung (Einzelberatung zum Budget des Ministeriums des Innern, beginnend ab Titel XI, Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten, A Ordentlicher Etat, § 10 Beitrag an den Landesverein für Arbeiterkolonien) ruft der Präsident die noch zur Beratung stehenden Positionen der Reihe nach auf.

Es ergreift Niemand das Wort.

Sodann wird von Titel XI A, Ordentlicher Etat, der in der gestrigen Sitzung übergangene § 4, Staatsbeitrag an die Badeanstaltenverwaltung Baden aufgerufen.

In der allgemeinen Beratung zu dem hierzu gehörenden Vorschlag der Badeanstaltenverwaltung für die Jahre 1908/09 bemerken

Berichterstatter Abg. Koppf (Zentr.): Bei dieser Position wurde in der Kommission von mehreren Mitgliedern die Meinung ausgesprochen, daß für Baden-Baden mehr geschehen müsse; Baden sei gegenüber anderen aufblühenden Bädern Mitteldeutschlands, wie Nauheim und insbesondere Wiesbaden, bedeutend zurückgeblieben, und es sei die Gefahr vorhanden, daß es überhaupt in seiner Entwicklung verflummere, wenn nicht wesentlich mehr geschehe. Insbesondere wurde geltend gemacht, das Konversationshaus genüge den heutigen Anforderungen an Gesellschaftsräume eines großen Badeortes nicht mehr; es wurde auch behauptet, es sei baufällig. Es müßten auch mehr Duellen gewonnen werden, und die Unterkunftsräume im Landesbad seien auch nicht mehr ausreichend. Die Kommission hat Veranlassung genommen, nachdem die Großh. Regierung sich sofort mündlich geäußert hatte, dieselbe zu ersuchen, uns eine eingehende Darstellung der Verhältnisse von Baden-Baden zu geben, und sich insbesondere zu äußern über den Stand des Badfonds und des Kurfonds über die Verhältnisse des Theaters, (die auch bemängelt wurden) und über die Frequenz der Bäder. Die Großh. Regierung hat uns daraufhin eine sehr eingehende Darlegung über diese Punkte gegeben, die Ihnen gedruckt vorliegt; ich werde natürlich nicht alles vortragen, was darin enthalten ist, sondern mich auf einige Hauptdaten beschränken.

Was zunächst den Badfond und den Kurfond betrifft, so ist ja die Aufklärung, die wir hier erhalten haben, außerordentlich dankenswert. Die Geschichte des Badfonds und des Kurfonds hängt zusammen mit der Geschichte des Konversationshauses selbst. Das Konversationshaus und die Badeanstalten in Baden sind bekanntlich Eigentum des Fiskus. Der Unterhaltungsaufwand speziell für das Konversationshaus wurde ursprünglich aus den Spielpächterträgen bestritten. Im Jahre 1872 haben die Spiele aufgehört und damit auch die goldene Zeit für Baden-Baden. Sie haben aus der Darstellung ersehen, daß der Spielpächter zuletzt eine Pachtsumme von jährlich 500 000 Gulden leistet und dazu überdies noch 200 000 Gulden zu nützlichen Herstellungen in Baden selbst aufwenden mußte. Natürlich hat man mit dem Geld außerordentlich Vieles und Zweckmäßiges an-

gegen-
gemel-
1908,
Kon-
haben
huldig
in den
oder
auf-
e und
ge sie
igung
nkurs-
3 An-
1908,
chts.
e.
ig.
ndung
n, im
Zeit
sver-
anzlei-
rarks-
schwie-
08,
VIII
bler-
Zim-
eigert
aben
173,
I.
inhalt
10,
3,
0 R.
173,
I.
inhalt
20,
s mit
u mit
i mit
0 R.
t am
ein-
r des
rigen
hwei-
ungs-
edite,
igung
dem
aren.
mine
ogabe
wenn
laub-
e bei
Ge-
i der
löses
und
ver-
ingste
08,
riats-
mmner
erfete-
ga-
der
urfe-
des
igen-
teige-
erfete-
08.
en.
taye-
1902
stros
ungs-
ber
inbert
n die
Berger
ungs-
und
strag
d An-
t. I
t. III
neuer
p. 672
darfett
igell-
unter
as
i. von
je er-
08.
nen.

fangen können. Nachdem nun im Jahre 1872 die Spiele aufgehört hatten, hat man die Mittel, die man aus den Leistungen des Spielpächters allmählich seit dem Jahre 1850 zu einem Reservefond gesammelt hatte, zum sogenannten Badfond erklärt. Dieser Badfond betrug damals 1 600 000 Gulden. Gleichzeitig hat man, nachdem man die Gemeindevertretung von Baden gehört hatte, bestimmt, daß aus dem Ueberschuß aus diesem Badfond zusammen mit einem Beitrag, den die Stadt Baden leisten sollte, der sogenannte Kurfond gebildet werden sollte, aus dem die Gemeinde die nötigen Aufwendungen für die Unterhaltung Badens als Kurort entnehmen sollte. Die Gemeinde sollte jährlich 70 000 Gulden (120 000 M.) aufbringen. Da aber das für sie in Anbetracht ihrer Leistungsfähigkeit zu hoch gewesen wäre, hat man ihr damals die Pachtzinsen für das Konversationshaus überlassen und ihr auch ermöglicht, eine sogenannte Kurtaxe zu erheben. Gleichzeitig ist damals, im Jahre 1872, der jährliche Ueberschuß des Badfonds auf 45 000 Gulden berechnet worden (77 150 M.), und es wurde der Stadt Baden damals in Aussicht gestellt, jedoch ohne Uebernahme einer Rechtspflicht, daß der Staat diese Ueberschüsse aus dem Badfond zu Gunsten von Baden verwenden würde. Daher kommt es, daß Sie seit dem 1872 in jedem Budget, mit Ausnahme der Jahre 1878 bis 1883, im Spezialvoranschlag für die Badeanstalten einen Betrag von 77 150 M. für Baden angefordert sehen. Der Aufwand ist lange Zeit aus den Mitteln des Badfonds bestritten worden. Der Badfond ist aber im Laufe der Zeit merklich zurückgegangen, weil aus ihm die Bäder Friedrichsbad, Kaiserin-Augusta-Bad und das Inhalatorium erstellt worden sind, so daß er heute rechnungsmäßig nur noch 754 374,54 M. beträgt. Die Stadt Baden hat im Laufe der Jahre allerdings den Versuch gemacht, aus dieser gewohnheitsmäßigen Aufwendung von 77 150 Mark einen Rechtsanspruch auf dauernde Fortzahlung abzuleiten. Die Regierung hat aber sowohl im Jahre 1872 wie auch später jederzeit, wohl mit Recht, den Standpunkt eingenommen, daß von einem Rechtsanspruch der Stadt Baden auf diesen Betrag nicht die Rede sein könne.

Nun ist ja neuerdings die Frage aufgetaucht, wie es mit dem Konversationshaus gehalten werden soll, und die Stadt Baden hat im Jahre 1907 eine Denkschrift an die Großh. Regierung gerichtet, in welcher sie ausgeführt hat, daß die Ordnung des Verhältnisses zwischen Regierung und Stadt Baden, wie sie sich seit dem Jahre 1872 herausgebildet hat, dringend einer Aenderung bedürfe. Die Stadt Baden hat den Standpunkt vertreten, daß sie selbst zweckmäßigerweise zum Träger und zum Unternehmer des ganzen Bauprojektes, das man hinsichtlich des Konversationshauses als nötig betrachtete, gemacht würde. Sie hat dabei offenbar unterstellt, daß der Staat das Eigentum am Konversationshause und am Plage der Stadt Baden überlassen und ihr gestatten solle, hier neue entsprechende Räume, sei es auf einmal, sei es allmählich, zu erstellen. Sie hat aber gleichzeitig auch zu erkennen gegeben, daß natürlich die Mittel der Stadt Baden zur Erstellung eines neuen Konversationshauses nicht ausreichen würden, und daß es erheblicher Zuschüsse seitens des Staates bedürfe, wenn die Gemeinde entsprechend geschont werden solle. Die Großh. Regierung hat zwar offenbar von Anfang an Bedenken gehabt, eine derartige Neuregelung vorzunehmen, sie ist aber gleichwohl der Stadt Baden zunächst entgegengekommen und hat ihre Geneigtheit zu erkennen gegeben, darauf einzugehen. So hat denn die Stadt Baden Pläne fertigen lassen zunächst zur Erstellung neuer Restaurationsräume zum Konversationshaus.

Was das Konversationshaus selbst betrifft, so ist es in den 1820er Jahren von Weinbrenner erbaut worden.

Es ist dann in den 50er Jahren vom Spielpächter, der ja, wie bereits erwähnt, erhebliche Summen aufwenden mußte, wiederholt vergrößert und verschönert worden. Im Jahre 1890 hat man sodann namentlich den Dachstuhl gründlich renoviert, und heute, nachdem man den Bau genau untersucht hat, ist seitens der Baubehörden festgestellt worden, daß von einer Bauaufälligkeit des Konversationshauses, wie in der Budgetkommission behauptet wurde, keine Rede sein kann, daß das Gebäude durchaus solid ist und auf eine lange, lange Reihe von Jahren seinem Zweck vollständig dienen kann. Die Großh. Regierung hat deshalb den Standpunkt vertreten (und er ist mehr und mehr auch von der Stadt Baden angenommen worden), daß es eines Neubaus des Konversationshauses in absehbarer Zeit nicht bedürfe, daß ein Neubau um so weniger notwendig sei, weil das Gebäude selbst als ein architektonisches Kunstwerk anzusehen sei, und daß es vollständig genüge, wenn die Restaurationsräume, die sich im Laufe der Jahre als nicht mehr genügend und als den modernen Bedürfnissen nicht mehr entsprechend erwiesen haben, neu erstellt würden. Dem Wunsche der Stadt Baden, diesen Bau des Restaurationsgebäudes erstellen zu dürfen, ist die Regierung dann schließlich entgegengekommen. Die Stadt Baden hat dann Veranlassung genommen, durch den Architekten Fischer in Stuttgart ein Projekt ausarbeiten zu lassen. Es war vorgesehen, daß das Gebäude namentlich bedeutend vertieft bzw. verbreitert werden sollte, und daß ein großer Saal für Konzerte und auch für ein Variete-Theater für 700 bis 800 Personen erstellt werden sollte. Gerade an der Erstellung dieses Saales aber ist schließlich das ganze Projekt gescheitert. Die Großh. Regierung hat natürlich pflichtgemäß die Pläne prüfen lassen, und es hat sich dann ergeben, daß sie erhebliche Mängel aufwiesen. Man hat das der Stadt Baden mitgeteilt, welche das Projekt noch einmal umarbeiten ließ. Es wird von den Sachverständigen anerkannt, daß der Architekt bei dem bescheidenen Platz bezüglich der Ausdehnung der Räume aus der Sache gemacht hat, was zu machen war. Aber es hat sich eben bei der gründlichen Prüfung der Pläne herausgestellt, daß der Platz einfach für die Erstellung eines Saales neben den Restaurationsräumen unzulänglich ist, daß infolgedessen die Verhältnisse des Baues zu gedrückt würden, daß es eben einfach nicht möglich ist, einen großen Variete-Saal mit diesem Restaurationsbau zu verbinden. Die Stadt Baden hat daraufhin, nachdem sie gesehen hat, daß ihr Projekt nicht durchführbar ist, der Gr. Regierung erklärt, sie betrachte nun ihrerseits den Plan, daß sie selbst baue, für gescheitert, und es werde nun der Gr. Regierung die Aufgabe erwachsen, zu bauen. Die Gr. Regierung hat sich diesem Anfinnen auch keineswegs verschlossen, und sie hat uns schon bei der ersten Beratung in der Kommission erklärt, daß sie entschlossen sei, einen neuen Restaurationsbau zu erstellen, freilich ohne diesen großen Fest- und Theateraal, daß es aber einiger Zeit bedürfen würde, und daß namentlich in der gegenwärtigen Budgetperiode die Anforderung der Mittel dazu nicht mehr möglich sei, zumal da zunächst die Pläne fertiggestellt und ein geeignetes Provisorium geschaffen werden müssen.

Die Budgetkommission hat daraufhin im Bericht den Wunsch ausgesprochen, daß die Großh. Regierung die Sache beschleunigen möge, und die Erwartung ausgesprochen, daß noch in dieser Budgetperiode die nötigen Mittel zur Erstellung eines Provisoriums, provisorischer Restaurationsräume, angefordert werden, und daß jedenfalls im nächsten Budget die Anforderung der zur Erstellung eines Neubaus erforderlichen Mittel erscheinen sollte.

Die Großh. Regierung hat nun in der Zwischenzeit

mit der Stadt Baden weiter verhandelt, und es ist neuerdings eine Einigung zustande gekommen, die Ihnen auch in einem Nachtrage zum Berichte mitgeteilt worden ist. Darnach sollen nun alsbald 50 000 M. für das Konversationshaus in Baden verausgabt werden. Die Stadt Baden wünscht dringend, daß wenigstens ein annähernd befriedigender Zustand mit größtmöglicher Beschleunigung hergestellt werde, weil im Laufe dieses Sommers das 50jährige Jubiläum der Wittrennen stattfinden und aus diesem Anlaß ein großes Prunkfest im Konversationshaus abgehalten werden sollte. Die Stadt Baden hat demgemäß gewünscht, daß die alten Restaurationsräume, so wie sie bestehen, wenigstens einigermaßen verbessert werden, und es ist berechnet worden, daß das einen Aufwand von 15 000 M. verursacht. Dieser Aufwand wird allerdings keinen dauernden Wert schaffen, denn es ist ja beabsichtigt, das Restaurationsgebäude später niederzulegen und ein neues zu erstellen, sobald die Pläne für einen Neubau gefertigt sind und ein Provisorium erstellt ist. Die Budgetkommission ist aber gleichwohl dazu gekommen, diese Aufwendung zu empfehlen, weil es wünschenswert ist, daß der Stadt Baden ermöglicht werden soll, das geplante Fest würdig zu feiern. Gleichzeitig werden nun noch 35 000 Mark für das eigentliche Konversationshaus angefordert. Es sollen die Säle neu hergerichtet, und darin eine Reihe von Verbesserungen vorgenommen werden. Diese Aufwendungen haben dauernden Wert, weil ja das alte Konversationshaus bestehen bleiben soll. Die Stadt Baden hat sich ihrerseits verpflichtet, ein neues Mobiliar zu stellen und sonst verschiedene Aufwendungen zu machen, so daß also schon im Laufe dieses Jahres jedenfalls ein für die nächste Zeit befriedigender Zustand hergestellt werden wird.

Die Großh. Regierung hat uns zu unserer Freude mitgeteilt, daß es, um diese 50 000 M. aufwenden zu können, der Bewilligung weiterer Mittel als der im Budget vorgesehenen nicht bedürfe. Sie will nämlich diese 50 000 Mark entnehmen den zweimal 65 000 Mark, die in dem Spezialbudget der Badeanstaltenverwaltung angefordert sind. Diese zweimal 65 000 also 130 000 Mark sollten, abgesehen von den laufenden Reparaturen für die Bäder, insbesondere für die Herstellung eines neuen Bodens im Konzertsaale des Konversationshauses, dann für die Erneuerung des großen Schwimmbassins im Friedrichsbad verwendet werden. Die Großh. Regierung erklärt uns nun, es habe sich herausgestellt, daß diese Arbeiten nicht derart dringlich sind, daß sie in dieser Budgetperiode noch ausgeführt zu werden brauchen. Die Herstellung eines neuen Bodens im Konversationshause empfehle sich überhaupt derzeit nicht, weil nach Herstellung des neuen Restaurationsgebäudes ohnedies eine Zentralheizung werde eingerichtet werden müssen, wobei der Boden wieder beschädigt würde. Sie will deshalb von diesen in das Spezialbudget der Badeanstalt eingestellten zweimal 65 000 M. die Summe von 50 000 M. zu der bereits erwähnten Verbesserung der Restaurationsräume und zu den ebenfalls schon erwähnten Verbesserungen im Konversationshause verwenden. Die Budgetkommission ist mit dieser Lösung der Frage vollständig einverstanden.

Es sind uns dann eine Reihe von Auskünften über das Theater in Baden gegeben worden. Ich glaube aber, das berührt uns hier weniger. Hier handelt es sich ja hauptsächlich um das Verhältnis der Hoftheaterkasse Karlsruhe zur Stadt Baden, und es ist uns hier dargelegt, daß die Hoftheaterkasse eigentlich in Baden recht schlechte Geschäfte macht dadurch, daß sie das Theater in Baden übernommen hat. Es sind Änderungen nach der Richtung nicht beantragt, und wir haben keine Veranlassung, da irgend welche Anträge zu stellen.

Von einer Seite ist in der Budgetkommission darüber geklagt worden, daß im Winter die Benutzung der Bäder

dadurch erschwert sei, daß um 4 Uhr schon geschlossen werde. Dadurch werde es, wenn man nicht schon sehr früh komme, unmöglich gemacht, die Bäder zu benutzen. Die Großh. Regierung hat uns auch darüber Auskunft erteilt. Sie bemerkt uns, daß nur im Landesbade wegen der Eigenart seines Betriebes die ausreichenden Beleuchtungseinrichtungen vorhanden seien, bezüglich der beiden anderen Bäder, des Friedrichs- und des Kaiserin Augustabades, habe sich aber bis jetzt ein Bedürfnis zur Beleuchtung nicht herausgestellt. Es würde das auch erhebliche Kosten verursachen, da die Bäder doch vorwiegend nur im Sommer benützt würden. Dagegen stehe nichts im Wege, daß man die Auskleideräume der Gesellschaftsbäder auf der sog. Männerseite des Friedrichsbades, die allein im Winter benützt werden, mit künstlicher Beleuchtung versehen. Das würde ermöglichen, daß nicht gerade um 4 Uhr schon geschlossen zu werden brauche, sondern daß die Zeit noch etwas ausgedehnt werden könnte. Es ist das unserer Meinung nach zu begrüßen.

Was die Thermalquellen betrifft, so versichert uns die Großh. Regierung auf Grund der von den Technikern erstatteten Gutachten, daß die vorhandenen Quellen vollständig ausreichen, und daß, wenn je ein Mangel an Wasser vorhanden wäre, man dem recht wohl abhelfen könnte dadurch, daß der Zufluß von Thermalwasser in die Trinkhalle während der Nacht und die Speisung der sehr viel Wasser verbrauchenden Wildbäder im Friedrichs- und Augustabad des Nachmittags etwa von 1—3 Uhr, während welcher Zeit sie doch nicht benützt werden, abgestellt wird.

Die Kommission erklärt sich durch diese und die übrigen Ausführungen der Großh. Regierung befriedigt und beantragt die Genehmigung des Budgetpostens, sowie die Annahme der Anlage 2 des Spezialbudgets, nämlich des Voranschlages der Badeanstaltenverwaltung.

Abg. Dr. Günner (natl.): Im diesjährigen Berichte der Budgetkommission über das Budget der Badeanstaltenverwaltung ist ein sehr umfangreiches Material mitgeteilt worden, welches die Großh. Regierung der Kommission über die Entwicklung der kommunalen und insbesondere der kurörtlichen Verhältnisse in der von mir vertretenen Stadt zur Verfügung gestellt hat, ein Material, welches von dem Herrn Berichterstatter in interessanter Weise in seinem Berichte verarbeitet und auch heute in seinem mündlichem Vortrage berührt worden ist. Es wird dabei ein geschichtlicher Rückblick auf den Beginn der 70er Jahre geworfen, auf die Zeit, in welcher es mit der Spielpacht zu Ende gegangen ist und infolgedessen die Zustände der Bäderstadt einer Neugestaltung zugeführt werden mußten.

Nun ist hauptsächlich Bezug genommen worden auf die Bildung des Badfonds und des Kurfonds und auf die Beziehung zwischen der staatlichen und städtischen Kurverwaltung. Ich will selbstverständlich nicht wiederholen, was in sehr ausführlicher Weise in den gedruckten Mitteilungen zur Kenntnis des Hauses gebracht worden ist, sondern ich will mich in meinen Ausführungen auf einige wenige Punkte beschränken. Dabei liegt es mir aber insbesondere am Herzen, und ist es mir auch heute wieder darum zu tun, mit aller Energie und Festigkeit den Standpunkt einzunehmen, den ich schon bei der Beratung des Budgets der Badfondsverwaltung im Jahre 1898/99 hier vertreten habe, den Standpunkt der Stadtgemeinde Baden, der nämlich von jeher dahin ging, daß als Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Staatsregierung und der städtischen Verwaltung nicht eine einseitige Willenserklärung der Regierung zu verstehen sei sondern ein gegenseitiges Uebereinkommen, und zwar ein Uebereinkommen in der Weise, daß sich Leistungen

und Gegenleistungen gegenüberstehen. Ich bedauere, daß der Herr Berichterstatter in seinem mündlichen Vortrag sich schlechtweg in dieser Beziehung auf den gegenteiligen Standpunkt der Großh. Regierung gestellt hat, und ich kann nur sagen, daß die Stadtgemeinde Baden für alle Zukunft unbedingt an dem ihrigen festhalten und daß sie alle ihr zu Gebote stehenden Mittel in Anspruch nehmen wird, um dieses gegenseitige Uebereinkommen, das sie nach der Erklärung der Großh. Regierung vom Jahre 1872 als ein solches betrachtet, zur Geltung zu bringen.

Es ist nun nach der Meinung der Stadtgemeinde Baden ein solches Uebereinkommen schon in dem Wortlaute der beiderseitigen Kundgebungen zu erblicken. Es ist außerdem bestimmt worden, daß der aus Mitteln des Badfonds und der Stadtgemeinde gebildete Kurfond einer dreigliederigen Kommission unterstellt werden sollte, zu welcher auch ein Vertreter der Staatsregierung abgeordnet werden kann; der Kurfondvoranschlag unterliegt nach dem Uebereinkommen vom Jahre 1872 der Genehmigung des Großh. Ministeriums des Innern, er ist von dem Kurfomitee aufzustellen und wird dem Stadtrat und dem Bürgerausschuß nur zur Kenntnisnahme vorgelegt; etwaige Ueberschreitungen des Kurfondvoranschlags unterliegen gleichfalls der Genehmigung des Ministeriums; auch die Abhör erfolgt formal durch die Staatsbehörde und dann erst im gewöhnlichen Wege durch die städtische Verwaltung.

Diese Organisationspunkte wurden nun auch festgehalten, als im Jahre 1875 die Städteordnung eingeführt wurde und ein allgemeines Ortsstatut für die Stadt Baden erlassen werden mußte. Ich habe damals selbst die mündlichen Verhandlungen mit dem Vertreter des Großh. Ministeriums des Innern geführt, und damals hat man seitens des Ministeriums ausdrücklich den von mir dargelegten Standpunkt der Stadtgemeinde Baden anerkannt, und es wurde infolgedessen eine Bestimmung in das allgemeine Ortsstatut für die Stadt Baden aufgenommen, die abweichend von den sonstigen entsprechenden Bestimmungen solcher Statute festsetzt, daß der § 19 a Abs. 4 der Städteordnung auf das Verhältnis zwischen dem Stadtrat und der städtischen Kurfondsverwaltung keine Anwendung finden solle. Nach diesem § 19 a Abs. 4 ist nämlich bestimmt, daß die städtischen Kommissionen dem Stadtrat unterstehen, und daß über Beschwerden gegen die Kommissionen der Stadtrat zu entscheiden habe; also gerade diese Bestimmung sollte auf das Verhältnis zwischen Kurfomitee und Stadtrat keine Anwendung finden. Das ist nachher mit Staatsgenehmigung dem Wortlaute nach in das allgemeine Ortsstatut der Stadt Baden aufgenommen worden.

Sehr bemerkenswert in dieser Richtung ist auch noch eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom Jahre 1897. Damals hat es sich darum gehandelt, daß der damalige Kurdirektor zum Stadtrat gewählt und daß eine Einsprache gegen die Gültigkeit dieser Wahl unter dem Gesichtspunkte erhoben worden war, daß der Kurdirektor als besoldeter Gemeindebeamter nicht in den Stadtrat wählbar sei. Der Verwaltungsgerichtshof hat dann in gegenteiliger Richtung entschieden und hat gesagt: „Der Kurdirektor ist kein Beamter der Stadtgemeinde Baden, sondern in dieser Beziehung ist der Kurfonds vollständig von der städtischen Verwaltung unabhängig, er ist selbständig.“ In dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes, das sehr interessant ist, heißt es wörtlich: Das Kurfomitee charakterisire sich „als der in die Form einer besonderen städtischen Kommission eingeleidete Verwaltungsrat eines aus Mitteln des Staates und der Stadt Baden gegründeten und unterhaltenen Fonds, des sogenannten städtischen Kurfonds, dessen Zweckbestimmungen zwar mit den Interessen der Stadt auf das engste zusammen-

hängen, der aber keinen Bestandteil des Gemeindevermögens bilde, sodaß dessen Verwaltung selbständig und unabhängig von der Stadtbehörde stattfinden, auf Grund besonderer Vereinbarungen zwischen Staat und Stadtgemeinde.“

Der Stadtrat hat sich nun von jeher der Anschauung hingegeben, daß es sich eben hier um ein zweiseitiges Uebereinkommen zwischen Staat und Stadt handle, und er hat nur einmal, im Jahre 1873, erörtert ob nicht an diesem Zustande in formeller Beziehung etwas geändert werden solle, aber nicht etwa deshalb, weil er das Uebereinkommen als solches für nicht rechtsgültig angesehen hätte, sondern weil er befürchtete, es könnte, weil in jeder Budgetperiode im Budget diese Anforderungen vorgesehen sind, einmal bei den Landständen eine ablehnende Haltung eingenommen werden. Deshalb hat damals der Stadtrat Baden beantragt, es solle ein Gesetz erlassen werden, wonach diese Zuwendungen, die Ueberweisungen aus dem Badefond an die Stadtgemeinden Baden und Badenweiler, rechtlich festgelegt würden. Die Regierung ist auf dieses Ansinnen damals nicht eingegangen, und es ist nun auch interessant, zu sehen, mit welcher Begründung diese Ablehnung erfolgt ist. Es heißt in jenem Erlaß vom Jahre 1873, der vom Minister Jolly unterzeichnet ist, es liege kein Anlaß vor zu der Beforgnis der Stadtgemeinde Baden, daß der aus den überwiesenen Einkünften des Badfonds gewährte Zuschuß einmal verweigert werden würde. In der Begründung der Großh. Regierung zum Badfondbudget für die Jahre 1872 und 1873 ist sodann ausdrücklich gesagt worden, nach Durchführung der begonnenen Bauten werde der gesamte Restbetrag zum „unangereichen Fonds“ vereinigt, dessen Zinsen ausschließlich zur Förderung der Interessen der Kurorte Baden und Badenweiler bestimmt seien. Die Bauten, um die es sich damals gehandelt hat, waren nicht von erheblichem Belang, sie waren nicht sehr kostspielig; es hat sich um die Erstellung des Schwimmbades und der Gewächshäuser in der Stadt Baden, um die Erbauung einer Straße von Schloß Eberstein nach Gernsbach und um die Herstellung des Schwimmbades und der Wasserleitung in Badenweiler gehandelt. Es sollten also die Zinsen von dem übrigbleibenden Kapitalvermögen beständig den Badeorten Baden und Badenweiler zugewendet werden, der Gemeinde Badenweiler nur in der Ihnen bekannten bestimmten Summe von 10 200 M., das übrige der Stadt Baden. Das Grundstockvermögen betrug damals nach Fertigstellung dieser minderwertigen Bauten noch 1 600 000 Gulden, und wenn man also diesen Grundstock erhalten hätte, so wäre man jetzt nicht in der Verlegenheit, woher die Aufwendungen nehmen, die für neuerdings dringend notwendige Dinge zu machen sind.

Die Stadtgemeinde ihrerseits hat nun aber stets in dieser Sache an der Gemeinsamkeit und Solidarität der beiderseitigen Interessen des Staates und derjenigen der Stadtgemeinde festgehalten. So kam es dann, daß die Stadtgemeinde den ihr nach dem Uebereinkommen vom Jahre 1872 obliegenden Zuschuß zum Kurfond im Betrage von 120 000 M. alljährlich geleistet hat, aber nicht bloß diesen Zuschuß, sondern sie ist über diese Leistung sehr weit hinausgegangen, und im Jahre 1907 haben sich die kurörtlichen Ausgaben der Stadt anstatt auf 120 000 M. auf 374 268 M. belaufen. Außerdem hat die Stadt noch sehr viel für die Badfondsverwaltung bzw. für die gemeinsamen kurörtlichen Verhältnisse geleistet. Ich mache in dieser Beziehung insbesondere darauf aufmerksam, daß, als das Kaiserin-Augustabad gebaut worden ist, der Staat selbstverständlich ein Interesse daran hatte, daß man ein Gebäude erbaute, welches auch durch seine äußere Erscheinung Wohlgefallen bei allen Beobachtern hervorrufe; außerdem hatte man den

Bunsch, daß in dem Bade selbst eine Heilgymnastik für Frauen eingerichtet würde, sodaß diese nicht mehr, wie es früher der Fall gewesen ist, sich bei derartigen heilgymnastischen Kuren nach dem Friedrichsbad begeben müssen. Die Stadt hat alsdann zu diesem Zwecke einen Beitrag von 85 000 M. geleistet. Auch hat die Stadt, als sich das Bedürfnis herausstellte, 70 Kubikmeter Thermalwasser unentgeltlich an die Badfondsverwaltung abgetreten. Weiter hat die Stadt die Zentralwasserleitung zu äußerst mäßigen Ausnahmepreisen der Badfondsverwaltung für die Bäder zur Verfügung gestellt und sich verbindlich gemacht, täglich bis zu 250 Kubikmeter Trinkwasser für die Anstalten zu einem, wie ich sagte, sehr ermäßigten Preise abzugeben, zu einem viel niedrigeren Preise, als ihn diejenigen bezahlen müssen, die sonst Wasser aus der Zentralwasserleitung beziehen. Ferner hat die Stadt die Kanalisierung des Konversationshauses und der Trinkhalle auf ihre Kosten ausgeführt; das hat einen Aufwand von 25 000 M. verursacht. Sie hat sodann auf den Beitrag zu den Kanalkosten von sämtlichen Gebäuden des Badfonds verzichtet; das hat auch 8560 M. ausgemacht. Im Jahre 1887 hat die Stadt zur Einrichtung der neuen Lesefäle 10 470 M. aufgewendet, im Jahre 1893 für die Neuherstellung der Säle des Konversationshauses 29 000 M., im Jahre 1898 für die Herstellung der elektrischen Beleuchtung des Konversationshauses und der Promenade 26 500 M. Also die Stadtgemeinde ist stets dem Uebereinkommen vom Jahre 1872 getreu geblieben.

Aber anders hat sich die Badfondsverwaltung bezw. die Großh. Regierung, das Ministerium des Innern, in dieser Beziehung verhalten: Man hat ohne weiteres zur Erbauung der neuen, der ganz vorzüglichen, ausgezeichneten, einen Ruhm der Stadt bildenden Badeanstalten, nämlich des Friedrichsbades, des Kaiserin-Augustabades und des Inhalatoriums, wie ja schon der Herr Berichterstatter hervorgehoben hat, Badfondgrundstücksmittel verwendet. Dadurch ist es natürlich gekommen, daß dieser Kapitalstock sich bedeutend eingezehrt und man später Schwierigkeiten bekommen hat, der Stadt gegenüber dasjenige zu erfüllen, was man im Jahre 1872 übernommen hatte.

Nun glaube ich, es müßte denn doch einmal mit der Verwendung von Badfondmitteln Halt gemacht werden, und man sollte zu dem Uebereinkommen vom Jahre 1872 zurückkehren. Es ist der Regierung auch möglich, ohne große Schwierigkeiten den jährlichen Zuschuß von 77 150 M. an die Stadt zu bezahlen. Denn dazu ist nun einmal die Großh. Regierung nach der Meinung der Stadtgemeinde verpflichtet, und der bezügliche Erlaß ist, wie gesagt, nicht eine einseitige Willenserklärung, sondern er ist eben der Ausdruck und die Beurkundung einer gegenseitigen Vereinbarung zwischen Staat und Stadt.

Ich komme nun zu der Frage des Neubaus des Konversationshauses und bezw. des Restaurationsgebäudes. Diese wichtige Angelegenheit wird ja natürlich von der Stadtgemeinde und ihrer Bürgererschaft schon seit vielen Jahren mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Es ist in dem neuesten Gutachten des Herrn Professors Stürzenacker vom 15. Februar d. Js. ausgeführt, daß in der Stadt Baden von einem Teil der Interessenten der Neubau des ganzen Konversationshauses angestrebt werde, und zwar im Hinblick auf den Vorgang, der sich nun in Wiesbaden zgetragen hat. Allein die gegenteilige Meinung, daß das Konversationshaus erhalten werden soll, mit Ausnahme des Restaurationsbaues, ist in der Stadt Baden in der Bürgererschaft doch auch sehr stark und vielleicht noch stärker vertreten. Ich habe es deshalb meinerseits mit großer Befriedigung vernommen, daß schon in dem Gut-

achten der Bauachverständigen Warth, Krebell und Stürzenacker auch gesagt ist: „Das Konversationshaus ist ein hervorragendes Bauwerk seiner Zeit, ein Baudenkmal im vollen Sinne des Wortes und sollte daher schon aus diesem Grunde erhalten werden“, und Herr Professor Stürzenacker hat dann in seinem weiteren Gutachten vom 15. Februar dieses Jahres hinzugefügt: Die Bautätigkeit in den fünfziger Jahren, hauptsächlich vom Spielpächter Benazet ausgeführt, habe die Gesellschaftsräume zu einer Sehenswürdigkeit ersten Ranges gemacht. „Durchschreitet man diese, so ist man überrascht über die Pracht, die Abwechslung der Stimmung und nicht zuletzt die gute Unterhaltung in der Ausstattung. Kein Fremder wird beim Anblick des immerhin äußerlich nüchternen Baues einen solchen Reichtum der Formen und der Farben vermuten. Es ist darum auch eine heilige Pflicht unserer Generation, das, was hier mit großem Aufwand geschaffen, zu erhalten und es in weiterem Maße dem Publikum zugänglich zu machen.“ Herr Professor Stürzenacker ist also der Meinung, was vorhin schon mündlich auch vom Herrn Berichterstatter ausgeführt worden ist, daß, nachdem die baulichen Untersuchungen des Konversationshauses die Haltbarkeit des Bestandes für eine längere Reihe von Jahren — es heißt ja: „für mehrere Jahrzehnte“ — in sichere Aussicht gestellt haben, es einer späteren Generation vorbehalten bleiben soll, über den Neubau dieses Teiles der neuen Säle zu entscheiden. Ich kann aus langjähriger eigener Erfahrung bestätigen, daß unzählige Fremdenbesucher des Konversationshauses, wenn sie in die neuen Säle kommen, dieselben mit begeistertem Staunen bewundern, und ich habe sehr oft, nicht nur von Laien, sondern auch von Bau- und Kunstverständigen Urteile darüber gehört, die äußerst günstig gelautet haben. Es bleibt mir auch immer in der Erinnerung, daß f. Jt., als der frühere Kurdirektor von Wiesbaden, von Heyl, einmal mit mir diese Säle besichtigt hat, er mir ohne weiteres und rüchaltlos erklärt hat, er beneide die Schwesterstadt Baden-Baden um den Besitz solcher Säle. Er hat sich mir gegenüber so ausgedrückt: „Wenn ich nur Ihre Säle hätte, dann wäre ich sehr zufrieden.“

Anders ist es natürlich mit dem Restaurationsbau. In der Beziehung sind ja Zustände vorhanden, von denen man sagen muß, sie sind der Stadt Baden unwürdig, sie sind überhaupt jedes Kurortes unwürdig, der einigermaßen darauf bedacht sein will, dem Fremdenpublikum anständige und solche Räume zu bieten, die sich einem vornehmen Besuch gegenüber sehen lassen können. Wenn da nicht schleunig Abhilfe in der Beziehung geschaffen wird, so müßte man in der Tat fürchten, daß der Ruhm des schönen, berühmten Badeortes einen schweren Schaden leiden würde. Selbst vom Standpunkte der Sicherheit des Publikums aus sind die Räume im Restaurationsbau zu beanstanden, sodaß einmal das Bezirksamt als Polizeibehörde selbst Veranlassung genommen hat, entsprechende Maßregeln und Anordnungen zu treffen, weil man fürchtete, daß es im Falle einer Panik ein großes Unglück geben könnte. Ich selbst habe auch bei der Beratung des Budgets hier in den Jahren 1898/99 schon meinerseits entschieden erklärt, daß ein Neubau des Restaurationsgebäudes absolut unerlässlich sei und in der nächsten Zeit erfolgen müsse. Die Stadtgemeinde glaubt nun mit Recht, dahin drängen zu sollen, daß mit tunlichster Beschleunigung den vorhandenen Uebelständen abgeholfen werde. Sie konnte aber nicht hoffen, daß die Regierung ihrerseits aus staatlichen Mitteln in dieser Beziehung das Nötige tun werde, und sie hat sich deshalb auf eigene Füße zu stellen versucht. Als ein Hauptmittel zur Reformierung der Zustände wurde stets der Abbruch des Restaurationsgebäudes und die Errichtung eines neuen entsprechenden Baues betrachtet

meinde-
stänbig
e, auf
at und

haung
seitiges
Stadt

73, er-
ter We-
t etwa

es für
er be-
obe im

einmal
eingel-
stadtrat

werden,
en aus
und

gierung
n, und
der Be-

weist in
Minister
ß vor

asß der
ds ge-
e. In

abfond-
n aus-
nmenen

angreif-
stetlich
en und

die es
blicken
sich um

äußern
Straßen
die Her-

ung in
en von
den ge-

werden.
samt
ge der

damals
n noch
Grund-

Ver-
die für
n sind.

er stets
idariät
jenigen

n, das
kommen
ond im

t, aber
r diese
e 1907

anstatt
dem hat
waltung

isse ge-
sondere
ustabad
in In-
welches
len bei
an den

Zu diesem Zwecke mußte vor allen Dingen ein Projekt gefunden werden, von dem man sagen konnte, daß es die einheitliche Wirkung des stehendbleibenden Teiles des Konversationshauses nicht störe. Ich habe persönlich s. Zt. mit dem leider so früh verstorbenen Prof. Nagel einmal eine eingehende Besprechung gehabt, und Prof. Nagel hat damals entschieden erklärt, daß es möglich sei, eine derartige Fassade zu konstruieren, die mit dem stehendbleibenden Teile des Konversationshauses im Einklang bleiben würde. Daraufhin hat die Stadt beschlossen, für die Beibringung eines derartigen Projektes einen Wettbewerb zu eröffnen, und der Bürgerausschuß hat 10 000 M. für ein derartiges Preisausschreiben bewilligt. Allein das Groß. Ministerium des Innern hat diesen Beschluß nicht gebilligt, und es wurde im Gegenteil auf Grund des Gutachtens des staatlichen Baufachverständigen der Stadt zu erkennen gegeben, daß es eines Neubaus nicht bedürfe, sondern daß man auch mit einem Umbau des Restaurationsgebäudes die nötige Abhilfe treffen könnte. Es wurde dann ein derartiges Umbauprojekt durch die Baufachverständigen des Staates aufgestellt. Die Stadt hat daselbe, als es ihr vom Ministerium des Innern mitgeteilt wurde, durch eine Sachverständigenkommission prüfen lassen; es waren anerkannte Sachverständige, die diese Prüfung vorgenommen haben, Professor von Thiersch aus München, Professor Fischer aus Stuttgart und Architekt Moser aus Karlsruhe. Diese Kommission gelangte zu der Ansicht, und zwar einstimmig, daß ein derartiges Umbauprojekt sehr kostspielig und nur eine halbe Maßregel sein würde, und daß man entschieden zu einem Neubau schreiten müsse. Die Stadt hat von diesen drei Sachverständigen auch Skizzen-Projekte erhoben über einen Neubau, und da ist ein Plan des Professors Fischer von Stuttgart von den drei Herren selbst als das am meisten zu bevorzugende Projekt anerkannt worden. Dieses Projekt wurde dem Ministerium des Innern vorgelegt, und das Ministerium hat dann die Ministerialbaukommission zusammenberufen und auch dieses Projekt prüfen lassen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, ob dessen Ausführung nicht eine Beeinträchtigung des einheitlichen architektonischen Schaubildes des Konversationshauses zur Folge haben könnte. Die Kommission hat dieses Projekt im allgemeinen als eine geeignete Grundlage für einen Neubau erklärt, sie hat insbesondere auch ihr Gutachten dahin abgegeben, daß mit einem Umbau nicht geholfen sein würde, und daß man entschieden zu einem Neubau schreiten solle.

Nun hat sich die Stadt also dazu entschlossen, dieses mehrfach variierte Projekt des Professors Fischer anzunehmen, und man hat in der Beziehung dann Unterhandlungen mit dem Ministerium des Innern angeknüpft. Der jetzige Oberbürgermeister von Baden und meine Wenigkeit, wir haben damals selbst eine Audienz bei dem früheren Minister des Innern gehabt, dem wir das Projekt vorgelegt haben, und der Herr Minister hat nach einer eingehenden Besprechung der Sache seine Meinung dahin ausgesprochen, daß dieses Projekt eine geeignete Grundlage für den Neubau des Restaurationsgebäudes sein würde. Wir haben dann später auch mit dem jetzigen Herrn Minister des Innern eine derartige Konferenz gehabt, und damals hat der Herr Minister uns erklärt, daß er sich an die Stellungnahme seines Amtsvorgängers für gebunden erachte, und wir haben uns dann nach dieser Zusicherung frohen Muts nach Hause begeben.

Allein es sollte doch anders kommen. Die Stadt wollte also auf dem Grund und Boden des Badfonds einen Neubau errichten, der die Stadt 1 150 000 M. gekostet haben würde, und die Stadt war ferner bereit, für das Provisorium, das ja errichtet werden mußte während des Baues dieses Restaurationsgebäudes, einen Auf-

wand von 50 000 M. zu leisten. Nun ist ein weiteres Gutachten von staatlichen Baufachverständigen durch das Ministerium erhoben worden, und auf Grund dieses neuerlichen Gutachtens wurde dann vom Ministerium entschieden, daß man einem solchen Neubauprojekt nicht zustimmen könne. Angesichts dieser Entschlieung hat natürlich der Stadtrat seinerseits auch Erwägungen über diese Dinge angestellt, und man hat beim Stadtrat gefunden, daß diese Entscheidung des Ministeriums eigentlich nicht anderes bedeute als einen Widerruf der im Jahre 1900 schon gegebenen Zustimmung zur Ausführung des Neubauprojektes. Es herrscht in der Beziehung in der Stadt in der Stadtverwaltung sowohl wie in den Kreisen der Bürgerschaft, das kann ich nicht in Abrede stellen, ein Gefühl schwerer Enttäuschung und großer Bitterkeit. Es wird nicht begriffen, daß man der Stadt Baden die Früchte ihrer mit großen finanziellen Opfern überwundenen Mühen und Sorgen entzieht und statt des von ihr vorgeschlagenen Baues nun etwas anderes tun will. Natürlich ist jetzt die Hoffnung auf die Ausführung eines stadteigenen Baues ausgeschlossen, und die Stadt stellt sich jetzt nur auf den Standpunkt, daß sie erwartet, daß mit tunlichster Beschleunigung in der Tat vorhandenen starken Mißständen abgeholfen werde, einmal durch provisorische Herstellungen und demnächst auch durch einen Neubau eines Restaurationsgebäudes, sobald ein geeignetes Projekt gefunden sein wird und die hierzu erforderlichen Mittel seitens der Stände genehmigt sein werden.

Ich darf dabei nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es in Baden auch mit Bedauern vernommen worden ist, daß man beim künftigen Neubau eines aussehenderen Saals, nämlich die Herstellung eines Theatersaals. Was nun diesen Theatersaal anbelangt, scheint das Ministerium sich der Ansicht hingeben zu wollen, als ob dadurch ein Festhallebau der Stadt Baden ersetzt werden solle. Das ist ein Irrtum. Es besteht allerdings auch ein Projekt, eine Festhalle herzustellen. Das ist aber ein Projekt, das ganz unabhängig von der Herstellung eines Theatersaals ist, und dessen Ausführung einer späteren Zeit vorbehalten bleiben muß. Der Theatersaal sollte eine andere Bestimmung haben, man wollte dann Operetten-, Schauspiel- u. Spezialitätenvorstellungen geben. Dazu ist ein derartiges Lokal sehr wünschenswert, und man kann sagen, notwendig. Es werden jetzt solche Vorstellungen im Restaurationsaal gegeben, wo man aber anständigerweise kaum Fremde hineinbringen kann, so ist sein Zustand zurückgekommen. Daß man derartige Vorstellungen aber geben soll, ist ein ganz eklatanter Bedürfnis. Wenn man im Frühjahr noch nicht in die Freie kann, um die Musik anzuhören, oder wenn man im Spätjahr nicht mehr ins Freie kann, so haben die Fremden den entschiedenen Wunsch, daß man ihnen etwas an Unterhaltung darbiete. Es gibt auch viele, die sagen: „Die ewige Orchestermusik, wenn sie auch noch so schön ist, ist uns langweilig, weil sie einformig ist; es muß Abwechslung geboten werden.“ Die Vorstellungen sind sehr gut besucht worden, sowohl von einheimischen wie fremden Publikum.

Es ist aber noch etwas anderes zu bemerken. Der Theatersaal hätte auch die Bestimmung gehabt, Operetten- und Schauspielvorstellungen zu dienen, auch sie, wie bisher, im Theater zu geben. Da muß ich bemerken, im Sommer während der Monate Juli und August während der Ferien des Hoftheaters, muß die Stadt Vorstellungen veranstalten, und diese Theaterveranstaltungen können nur im Einvernehmen mit der Hoftheaterverwaltung gegeben werden, insofern als das Hoftheater das Recht hat, das betr. Programm zur Einsicht zu bekommen und daselbst zu genehmigen oder auch zu beanstanden, das letztere

türlich nur dann, wenn es sich um Novitäten handelt, welche die Hoftheaterverwaltung ihrerseits zur Darstellung bringen will. Ich bemerke übrigens ausdrücklich, daß keine Klage darüber laut werden soll, daß nicht stets ein freundliches Entgegenkommen seitens der Hoftheaterverwaltung gegenüber der Stadtverwaltung vorhanden war, sowohl unter der jetzigen Hoftheaterverwaltung wie unter der vorigen. Aber man weiß nicht, wie es in der Zukunft werden wird, und man darf deshalb auch das Augenmerk auf die zukünftige Entwicklung der Dinge richten.

Eine Hauptbesorgnis der Stadtverwaltung ist darauf gerichtet, daß die Großh. Regierung meint, sie sei ihrerseits nicht gebunden an das Uebereinkommen vom Jahre 1872, daß sie sogar so weit geht, zu meinen, man könnte der Stadtverwaltung die Einnahmen aus der Restaurationspacht entziehen und dieselben für die Badverwaltung in Beschlag nehmen. Ich habe die gegenteilige Anschauung der Stadtverwaltung schon betont. Ich möchte aber auch die Frage aufwerfen, was für eine Vorstellung die Großh. Regierung sich von dem Zustand machen würde, wenn einmal auch die Stadtverwaltung sagen würde: „Wir sind nicht mehr an das Uebereinkommen vom Jahre 1872 gebunden, und wir sind nur soweit bereit, den Beitrag zur Kurfondstasse zu leisten, als es möglich ist“ —, so daß also mit anderen Worten auch durch die Zurückziehung dieser Alimention seitens der städtischen Verwaltung eine wesentliche Einschränkung der Darbietungen für das Bedürfnis des fremden Publikums eintreten müßte. Die Interessen der Stadt und des Staates sind doch in dieser Beziehung zweifellos identisch, es ist da eine Wechselwirkung vorhanden, die nicht ignoriert werden darf. Ein reicher Fremdenbesuch ist selbstverständlich für die Stadt und ihre wirtschaftlichen Verhältnisse außerordentlich wünschenswert, die starke Frequenz der Großherzoglichen Badeanstalten kommt selbstverständlich auch der Allgemeinheit zu Gute, Baden ist aber auch ein Luxusbadeort und eine Fremdenstadt. Es kommen Tausende von Fremden nach Baden, die nicht Heilung suchen, sondern sich nur an den Schönheiten der Natur in der Stadt und ihrer Umgebung erfreuen oder an dem gesellschaftlichen und sportlichen Leben teilnehmen wollen.

Auch die Erholungsbedürftigen und Gesunden benötigen die Badeanstalten, auch sie tragen also zur Frequenz der Großh. Badeanstalten bei. Der Zuschuß, der hier zur Bestreitung des Aufwandes gegeben wird, kommt also mittelbar der staatlichen Verwaltung wieder zugute. Ein Zweig der staatlichen Verwaltung, der einen besonderen Nutzen davon hat, ist die Staatsseisenbahn. Viele Tausende von Fremden benutzen jährlich die Bahn, sie durchfahren die langen Strecken durch das ganze Land, nur um nach Baden-Baden zu kommen bzw. von dort wieder zurückzugelangen.

Man ist also, wie gesagt, nach den neuesten Entschliessungen des Gr. Ministeriums des Innern die Regierung bereit, die notwendigsten provisorischen Herstellungen zu machen, um die vorhandenen eklantanten Uebelstände einmal vorerst bis zu einem gewissen Grade zu beseitigen, und erst später einen Restaurationsneubau in Aussicht zu nehmen. Die Stadt ihrerseits hat sich ohne weiteres, wie das auch der Herr Berichterstatter ausführte bereit erklärt, zur Beschaffung des Mobilars in den Sälen, also zur Neuausstattung, den beträchtlichen Aufwand von 50 000 M. zu leisten. Dabei möchte ich noch besonders dem Wunsche Ausdruck geben, der auch schon besprochen worden ist, daß man bei der Neuhherstellung im Gartenlaale insbesondere auch die Wiederherstellung der dort vorhandenen Springbrunnen nicht unterlassen möchte. Diese Springbrunnen bilden, wenn der Gartenlaal decoriert ist, ein wunderschönes Bild,

das von den Fremden immer mit Bewunderung betrachtet wird. Es ist gesagt worden, und ich kann das bestätigen, daß die Stadt die Absicht hat, anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums des Bestehens der internationalen Rennen ein großes Prunkfest in den neuen Sälen zu veranstalten, und zu diesem Zwecke müßte doch jedenfalls deren Neuerrichtung unternommen werden. Weiter möchte ich noch darauf aufmerksam machen, daß es allerdings richtig ist, daß im Friedrichsbad die Herstellungen verschoben werden könnten, aber es sollte dann doch wenigstens die Beleuchtung im Friedrichsbad sofort hergestellt werden und zwar aus den Mitteln, die jetzt zur Verfügung gestellt werden sollen. Es ist nämlich in den Wintermonaten die Wahrnehmung gemacht worden, daß diese Räume, die nur durch Oberlicht beleuchtet sind, von nachmittags 3 Uhr ab kaum mehr benutzt werden können.

Was nun die Aufbringung des Aufwandes anbelangt für den in Aussicht genommenen Neubau des Restaurationsgebäudes und des übrigen Theiles des Konversationshauses, so hat sich zwar die Stadtgemeinde jetzt mit dem neuen Projekt der Großh. Regierung mangels der Erteilung ihrer Zustimmung zu ihrem eigenen Projekt abgefunden, aber das wird doch seitens der Stadtverwaltung immer wieder betont bzw. mit Besorgnis betrachtet, daß nun die Neubaufkosten wiederum aus den Mitteln des Großh. Badfonds entnommen werden sollen. Es sollten doch dazu entschieden allgemeine Staatsmittel verwendet werden, denn sonst wäre es völlig unmöglich, daß von der Stadt auch weiterhin aus den Ueberschüssen des Badfonds der Betrag von 77 150 M. geleistet würde. Also gegenüber einer derartigen Eventualität einer Schwächung des Badfonds müßte doch die Stadtgemeinde entschieden Verwahrung einlegen, und insbesondere auch dagegen, daß man ihr den Restaurationspacht entziehen will. Dieser beträgt gegenwärtig nur noch 16 500 M., er ist eben dadurch zurückgegangen, daß der Pächter jeden Tag gewärtig sein muß, daß er sein Geschäft wegen des Neubaus einstellen muß. Wenn man der Stadt die genannte Summe entziehen würde, so würde das nach dem früheren Steuerkataster eine Erhöhung der bereits 60 Pf. betragenden Umlage um 2 Pf. zur Folge haben. Es ist also ganz selbstverständlich, daß die städtische Verwaltung hier Zurückhaltung üben muß. Eine solche Erhöhung der Umlage würde auch ohne Zweifel der Ansiedelung von steuerfähigen Einwohnern in Baden entschiedenen Eintrag tun, und ich will auch darauf aufmerksam machen, und das ist ja auch allbekannt, daß diejenigen, die die Zahl dieser Zuzügler ausmachen, regelmäßig so vorsichtig sind, sich vorher immer sehr eingehend nach den Steuerverhältnissen des betreffenden Ortes zu erkundigen. Wir haben eine Antwort drucken lassen, weil man sich hier nicht so oft auf schriftliche Erörterungen einlassen kann. Es kommen ja hier natürlich nicht nur die Gemeindesteuern in Betracht sondern auch die Kirchensteuern und ähnliches.

Nun sagt man allerdings, die Stadt solle doch eine obligatorische Kurtaxe einführen, dann hätte sie Geld. Ich will aber darauf aufmerksam machen, daß man bezüglich einer solchen Neuerung in der Stadt Baden nicht einig ist, es gibt dort recht einflußreiche Bürger, die nicht sehr geneigt sind, für eine solche Fremdenbesteuerung zu stimmen. Es wird auch gesagt, die Einführung einer solchen Kurtaxe schade der Vornehmheit des Badeortes, und es gibt viele Leute, die im Geschäftsleben stehen, die behaupten, daß sie davon nicht nur keinen Nutzen sondern nur Schaden hätten. Aber abgesehen davon, ist es doch sicher, daß, wenn man eine solche Besteuerung einführen will, was ja wohl nicht ausbleiben wird, die Erträgnisse derselben sehr notwendig gebraucht werden zur Deckung der von Jahr zu Jahr wachsenden Ausgaben, welche die Stadtverwaltung im allgemeinen Interesse und insbe-

sondere zur Förderung der mannigfachen zum Teil sehr kostspieligen kurörtlichen Angelegenheiten zu bestreiten hat.

In dieser Beziehung spielt auch die Versorgung der Bäderstadt mit gutem reichlichem Trinkwasser eine bedeutende Rolle, und diese berührt auch das Interesse der Badfondsverwaltung in erheblichem Maße. Ich behalte mir vor, auf diese Sache bei anderer Veranlassung näher einzugehen, nämlich bei der Beratung des Domänenbudgets, da alsdann das zuständige Ressortministerium am Regierungstisch vertreten sein wird.

Für die heutzutage unerlässliche Tätigkeit auf dem Gebiete der Propaganda macht die Stadt auch erhebliche Aufwendungen, und die Interessenten dabei (das sind die Hotelbesitzer und die Pensionsinhaber) haben im vorigen Jahre reichliche Beiträge geleistet, im Betrage von 6000 M. und bzw. 1030 M. Auch der Badfond hat hierher einen Zuschuß von 5000 M. geleistet neben 500 M. Beitrag für die Kosten des vor einigen Jahren eingeführten Verkehrsbureaus der Stadt. Es ist nur der Wunsch auszusprechen, daß der Badfond auch in den Jahren 1908 und 1909 diesen Beitrag von 5000 M. für diese Propagandatätigkeit leisten und den Beitrag für das Verkehrsbureau von 500 auf 1000 M. erhöhen möge. Ich bin in der Lage, Ihnen mitzuteilen, daß für diese Propagandatätigkeit die Stadt im vorigen Jahre 43 172 M. ausgegeben hat, und im gegenwärtigen Kurfondsvoranschlag sind zum gleichen Zweck wieder 50 000 M. zur Veranschlagung eingestellt.

Ich habe nun zum Schluß noch an den Herrn Minister die Bitte zu stellen, es möge doch entschieden dafür Sorge getragen werden, daß für den Ausfall, der durch eine verheerliche Rechnung bei der Budgetaufstellung entstanden ist — es sollen jährlich 5420 M. von dem Beitrag von 77 150 M. für die Stadt Baden wegfallen, also für die Budgetperiode 10 840 M. —, daß hierfür entschieden Ersatz geleistet werden möge durch eine Nachforderung im Staatsbudget aus allgemeinen Staatsmitteln, so daß also die Stadt doch auf den vollen Betrag von 77 150 M. kommen würde. Es ist das in einem Erlaß des Ministeriums des Innern eigentlich schon zugesagt; es drängt mich aber doch, hier das noch einmal ausdrücklich dem Herrn Minister ans Herz zu legen. (Weifall bei den Nationalliberalen).

Abg. Freiherr von Menzingen (Zentr.): Wenn Alexander von Humboldt heute wiederkäme, würde er vielleicht seine Ansicht, wonach Baden-Baden neben Konstantinopel, Neapel, Lissabon und Rio zu den fünf schönsten Punkten der Erde gehöre, etwas modifizieren, wenn nämlich er beim Eintritt in das schöne Dostal die unschönen Sanatorien erblicken würde, die von dem grünen Tannenwald im Hintergrund so häßlich abstechen. Er würde auch nicht wenig erstaunen, wenn er das schreckliche Schulhaus sehen würde, das wie ein gelber Fettfleck das ganze schöne Dostal verunstaltet. Was würde er weiterhin wohl sagen, wenn er erfahren würde, daß man sich auch ansieht, die Hand an die Sichelentalallee zu legen? Ich anerkenne es durchaus, wenn hochherzige Spender zu milden Zwecken große Summen hergeben, ich bin der allerletzte, der dagegen etwas sagen würde. Aber man hätte im gegebenen Fall den alten Vergil nicht vergessen sollen mit seinen Danaern, die man fürchtet, wenn sie Geschenke bringen, und man hätte sich die Sache zweimal überlegen sollen, ehe man die Erlaubnis gegeben hat, dort an jener Stelle oberhalb des Internationalen Klubs einen Kunsttempel hinzubauen. Ich möchte überhaupt die Ansicht nicht aufkommen lassen, daß Jeder, der eine größere Stiftung macht, an der Sichelentalallee herumexperimentieren darf. Die beteiligten Faktoren hätten die Verpflichtung, diesen unverschämlichen Fleck Erde, den wir hier in Baden besitzen,

nach jeder Richtung gegen Angriffe auf seine ästhetische Schönheit zu verteidigen. Wir alle hier im Hause und das ganze Land hängen an dem Dostal und sind stolz darauf. Es schwebt wie ein Schleier das graue Altertum darüber. Aus jenem Tal ist der heilige Bernhard und der Türkenbezwinger hervorgegangen, und seine Geschichte und seine Sagen sind aufs engste mit unserem Land und mit unserem Herrscherhaus verknüpft.

Der Herr Kollege Dr. Günner hat in lichtvoller Weise die Rechtsverhältnisse, die Beziehungen zwischen Stadt und Staat dargelegt, sodaß es für mich erübrigt, in diesem Augenblick darüber ein Wort zu verlieren. Ich neige mich in der Rechtsauffassung auch mehr zu den Anschauungen des Herrn Abg. Dr. Günner als zu denen des Herrn Richterstatters. Es wird aber heute nicht der Zeitpunkt sein, auf diese Angelegenheit hier einzugehen. Man wird darüber erst zu sprechen haben, wenn Anforderungen im Budget kommen, und wenn in der Tat der Staat Veranstaltungen treffen sollte, die Stadt in Anspruch zu nehmen in einer Weise, wie sie dem Uebereinkommen zwischen dem Staat und der Stadt nicht entspricht. Ich glaube, der Staat sollte nicht den Anschein erwecken, als wollte er bauen auf Kosten der Stadt.

Ich habe mir vorgenommen, die wirtschaftliche Wechselwirkung zwischen dem Land und dem Kurort Baden hier mit einigen Worten darzulegen. Da muß man zunächst das Steuerkapital der Stadt Baden in Betracht ziehen; nach der neuen Schätzung auf Grund des Gesetzes vom 9. August 1900 sind die Grundstücke zu 21 686 825 M., die Gebäude zu 118 294 200 M. geschätzt. Die Soll-Einnahme der Ertragssteuern betrug im Jahre 1907 219 241 M., und wird in Zukunft bei einem Steuerfuß von 11 Pfg. 284 167 M. betragen. Der Steueranschlag der Vermögenssteuer beträgt 236 819 000 M. Es wäre nun zur Klarstellung noch notwendig, daß in den Hotels und den Gasthäusern investierte Kapital nach annäherungsweise Schätzung auszuscheiden. Ich folge hier den statistischen Aufzeichnungen des Herrn Albert Köhler in der „Badischen Volkszeitung“: „Nach sachverständiger Schätzung beträgt das in circa 50 größeren hiesigen Hotels angelegte Kapital zum allerwenigsten 30 Millionen Mark. Hierzu kommt der Wert von 37 kleineren Hotels (Gastwirtschaften) und von 5—6 Sanatorien; ferner sind von den 46 Schankwirtschaften (Restaurants, Cafés) 4—5 zu berücksichtigen; so wird das dem Fremdenverkehr dienende Anlagekapital sicherlich weit über 35 Millionen betragen. Einen Vergleich und zugleich einen Maßstab für die Bedeutung dieser Industrie scheint uns der Versicherungswert der Gebäude bei der Generalbrandkasse zu bieten. Er beträgt für Baden mit 15 718 Einwohnern (im Jahre 1900) 61 Millionen. In Bruchsal sind es bei 13 555 Einwohnern nur 24 Millionen, in Konstanz bei 21 445 Einwohnern 50 Millionen, in Lahr bei 13 577 Einwohnern 22 1/2 Millionen, in Heidelberg bei 40 121 Einwohnern 86 1/2 Millionen und in Pforzheim bei 43 351 Einwohnern 75 Millionen.“ Im ganzen gibt es in Baden-Baden steuerpflichtige Einwohner 5053, in Bruchsal 3224 und in Lahr 3590. Steuerpflichtig sind von 100 Einwohnern in Baden-Baden 32,1, in Bruchsal 23,79, in Konstanz 26,22, in Lahr 26,44, in Mannheim 29,74. Das Einkommen aus Gewerbebetrieb beträgt in Baden 4 Millionen, in Bruchsal 2,4 Millionen, in Konstanz 2,8 Millionen.

In Baden-Baden werden Schulzinsen abgezogen 1 908 000 M., in Bruchsal rund 469 000, in Konstanz rund 1 013 000 M., in Lahr 418 990 M. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen in Baden-Baden 121,55 M. Schulzinsen, bei 4 Proz. Verzinsung macht das 3038,75 M. Kapitalschulden aus; in Bruchsal kommen auf den Kopf der Bevölkerung 34,56 M. oder 864 M. Kapital, in Konstanz 47,20 M. bzw. 1180 M.,

in Jahr 80,87 M. bezw. 771,75 M. Direkte Staatssteuern werden in Baden gezahlt 388 706 M., in Bruchsal 148 000 M., in Konstanz 213 000 M., in Jahr 155 000 M., auf den Kopf treffen in Baden-Baden 24 M., in Bruchsal 10 M., in Jahr 11 M., in Konstanz 9 M. und in Mannheim 20 M.

Noch interessanter ist das Kapitel der indirekten Steuern, der Verbrauchssteuern. Für Wein wird in Baden 60 509 M., in Bruchsal 28 283 M., in Jahr 26 831 M., in Konstanz 39 090 M. entrichtet. In Baden treffen 3,85 M. auf den Kopf, in den anderen Städten nicht ganz 2 M. Die Steuer für eingeführtes Fleisch beträgt in Baden 2 593 M., in Bruchsal 136 M., in Jahr Null, in Konstanz 1051 M. Die Schlachtsteuer bringt in Baden 18 068 M., die Biersteuer 43 788 M., die Verbrauchssteuern insgesamt 122 365 M. oder pro Kopf 7,88 M. Die Oktroieneinnahmen betragen 135 000 M., oder pro Kopf rund 8,6 M., also zusammen rund 16 M. pro Kopf ohne die Abgaben für Tee, Kaffee usw.

Die Umlage beträgt pro Kopf in Baden 32,84 M., in Bruchsal 14,29 M., in Jahr 14,90 M., in Konstanz 20,60 M., in Heidelberg 20,90 M., in Pforzheim 15,40 M.

Alle Steuern zusammengenommen betragen in Baden 74,05 M. pro Kopf, während der Durchschnitt im deutschen Reich 11,22 M. pro Kopf beträgt.

Ein Wertmesser für den Verkehr zwischen einer Stadt und dem umliegenden Lande bietet der Postverkehr. Im Einzahlungsverkehr wurden in Baden einbezahlt nach auswärts 7,9 Millionen, empfangen wurden nur 4,8 Millionen Mark, sodaß also Baden eine passive Bilanz in dieser Beziehung hat, was für die Umgegend natürlich von sehr großem Vorteile ist. Im Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe haben überhaupt nur ganz wenige Orte eine aktive Bilanz im Postverkehr, nämlich Achern, Bretten, Bruchsal, Bühl und Karlsruhe selber.

Ueber den Umsatz, der in Baden sich vollzieht, gibt das Deutsche Wälderbuch einen Anhalt. Wir haben im Lande noch keine Statistik darüber, und ich möchte diese Gelegenheit nicht vorüber gehen lassen, ohne die Großh. Regierung recht dringend zu bitten, die Aufmerksamkeit des Statistischen Landesamtes gerade auf diesen Punkt hin zu lenken, wenn es noch nicht geschehen sein sollte. Das Deutsche Wälderbuch berechnet, daß die Einnahme im Großherzogtum Baden aus den 18 Heilorten, die wir besitzen, etwa 40 Millionen Mark beträgt. Man nimmt an, daß jeder fremde Kurgast 400 Mk. in dem betreffenden Orte läßt. Es ist aber im allgemeinen, namentlich in Baden, diese Summe viel zu niedrig gegriffen. Man rechnet für Baden aus, daß dort mindestens 7 352 000 Mk. aus dem Fremdenverkehr bleiben. Die Gasthofbesitzer rechnen nun aus, daß pro Tag 5 Mk. von jedem Besucher, der nach Baden kommt, an die Landwirtschaft abgehen, es wird also für die Landwirtschaft der Umgebung eine Einnahme von 2 326 650 Mk. ausgerechnet.

Welche Bedeutung die Stadt Baden für die Umgebung hat, kann man auch aus dem Tarife ersehen, den die Nebenbahnen aufgestellt haben, die natürlich nicht nach jedem Orte hin expedieren, sondern nur nach den Orten, wo die größte Frequenz ist. Da werden Sie in den Tarifen überall finden, daß immer Baden an erster Stelle steht. Diese Nebenbahngesellschaften, die ja alle private Unternehmungen sind, würden sich sicher nicht rühren, wenn nicht etwas dabei herauskäme. Es ist das also ein Gradmesser für die wirtschaftliche Bedeutung Badens, die es auch für die Umgebung hat.

Nun möchte ich noch einen weiteren Punkt zur Sprache bringen, die Reklame. Der geehrte Herr Vorredner hat das auch schon gestreift. Schon auf den Dampfern wird ja den Reisenden zugesetzt durch die Reklame verschiedene Badeorte, die den Besuch der Reisenden anziehen. Eine Zeitlang waren die französischen Bäder,

namentlich Bichy, sehr heruntergekommen, und die Blüte von Karlsbad und Marienbad hat die Franzosen veranlaßt, ihre Vertrauensmänner dahin zu schicken, um die Art zu studieren, wie die Böhmen für ihre Bäder Reklame machen, wie sie es anstellen, um einen zahlreichen Besuch zu erhalten. Es wäre nun empfehlenswert, so sehr ich es anerkenne, daß die Großh. Regierung in Wiesbaden und Nauheim, wie man das aus den Zeitungen entnommen hat, ihre Studien gemacht hat, daß sie auch ins Ausland ginge, um nachzusehen, wie dort die Reklame sich vollzieht. Ich kann die Großh. Regierung auch auf das Beispiel der englischen Regierung hinweisen. Die englische Regierung versendet auf Staatskosten gratis an alle Hotels überallhin Reklamehefte für ihre Eisenbahnen und für die Hotels, die nicht Regierungs- sondern Privathotels sind. Hier z. B. dieses Heft bezieht sich auf Südafrika und Kurorte in Südafrika, das auf Staatskosten an alle Hotels in Baden-Baden und anderwärts versandt worden ist.

Ich will endlich noch auf die Verhandlungen im württembergischen Landtage hinweisen, wo wegen Wildbad einige Klagen vorgebracht und auch über die Remedur gesprochen wurde.

Ich komme zum Schluß und spreche der Großh. Regierung den Dank dafür aus, daß sie sich ihrer Pflicht, für Baden etwas zu tun, nicht entziehen will, und ich kann nur den weiteren Wunsch aussprechen, daß das sobald als möglich und so reichlich als möglich geschieht. (Beifall).

Abg. Süßkind (Soz.): Es ist nicht zu verkennen, daß Baden im letzten Jahrzehnte auf einem sogenannten toten Punkte angelangt ist. Es ist nicht vorwärts geschritten, trotz der klimatischen Vorzüge, die durch die ozonhaltige Luft des Schwarzwaldes und die milde Luft der Rheinebene bedingt sind, und die doch einen Anziehungspunkt für das Bad bilden sollten. Es muß in allererster Linie untersucht werden, was dazu beigetragen hat, das Emporkommen Badens gegenüber anderen Bädern zu hindern.

Baden ist in der glücklichen Lage, daß sich in seiner Nähe zwei große Städte befinden, Karlsruhe und Straßburg, die fördernd auf das Bad einwirken können. Aber auch die Nähe dieser Städte hat nicht viel genügt, und ich glaube, daß vielleicht die Verkehrsverhältnisse daran die Schuld tragen. Es mag jetzt vielleicht besser werden, wo die Regierung sich entschlossen hat, nuncmehr noch ein zweites Bahngleise zu legen. Der Fehler, der mit der Sackbahn nach Baden früher gemacht worden ist, ist natürlich jetzt nicht mehr vollständig auszumergen. Ich glaube aber, daß durch den Bau des zweiten Bahngleises und dann durch die Einführung der elektrischen Bahn in Baden selbst doch schließlich eine Besserung eintreten wird. Es ist für einen Touristen, welcher aus den Schwarzwaldhöhen heruntersteigt, unangenehm, wenn er eine so große Strecke durch die sonnige Ebene gehen muß, und ich nehme bestimmt an, daß diese elektrische Bahn, welche die Stadt Baden aus sich selbst heraus geschaffen hat, sehr zur Förderung der Verkehrsverhältnisse und zur Belebung von Baden-Baden dienen wird. Wir in Mannheim können das ja am besten beurteilen, wir hatten Gelegenheit, in dieser Hinsicht in Heidelberg Beobachtungen zu machen, nachdem die Stadt Heidelberg die Bergbahn gebaut hatte. Diese Bergbahn ist ein Anziehungsmittel, ein Anreiz für jeden Fremden geworden, der möglichst schnell in die höhere Luftregion steigen will. Es ist nun einmal heute so; derjenige Kurgast, der aus einer Großstadt in die Bäderstadt kommt, will auch da die Annehmlichkeiten seiner Großstadt nicht missen; und es ist eben nun einmal jeder Großstädter gewöhnt, von seiner Wohnung bis an die Vergnügungsetablissemments womöglich mit einer Bahn befördert zu werden. Diese Bequemlichkeit mußte er aber bisher in Baden-Baden missen; und ich glaube, wenn Baden-Baden schon vor Jahren in die Richtung vorgegangen wäre, dann hätten

sich dort die Zustände nicht in der Weise verschlimmert, wie es tatsächlich der Fall ist. Vor allen Dingen darf nicht vergessen werden, daß ich habe diesen Gedanken schon in der Kommission ausgeführt selbst Kuranstalten, welche von privattypikalistischer Seite, von Aktiengesellschaften errichtet worden sind, in ihrer Ausstattung hinsichtlich der Bequemlichkeit viel mehr bieten wie Baden. Jetzt muß aber das Versäumte einigermaßen nachgeholt werden. Ob es überhaupt ganz nachgeholt werden kann, ist meines Erachtens sehr zu bezweifeln; vorerst handelt es sich aber nur darum, wenigstens einen Anfang der Besserung zu machen.

Nun hat der Herr Vertreter von Baden-Baden auch darüber gesprochen, daß die Einführung von Kurtagen für Baden nicht durchgängig möglich sei. In dieser Beziehung bin ich doch anderer Auffassung. Ich glaube wohl, daß in Baden-Baden Kurtagen eingeführt werden können. Selbstverständlich müßte das im gleichen Zeitpunkt geschehen, in dem auch Wiesbaden zur Einführung solcher Tagen schreitet; ich nehme aber an, daß Wiesbaden sehr gern solche Tage einführen würde, nachdem es ebenfalls für die Ausstattung seines Bades, speziell für seinen Kursaal und für andere Räume, neuerdings Millionenausgaben gehabt hat. Es müßten natürlich vorher Verhandlungen zwischen Baden-Baden und Wiesbaden gepflogen werden. Ich glaube allerdings annehmen zu dürfen, daß Kurtagen erst dann erhoben werden können, wenn in Baden-Baden etwas mehr geleistet worden ist, wenn die Säle des jetzigen Konversationshauses besser ausgestattet sind, wenn ein neuer Restaurationsaal erbaut worden ist, sodaß die Fremden für ihre Kurtage auch etwas Ordnungsmäßiges erhalten.

Ich hatte in der Kommission Gelegenheit, die Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß sie bessere Fürsorge für die Bäume in der Lichthaler Allee treffen soll. Ich glaube, daß durch das, was jetzt gemacht worden ist, den Kahlschnitt angestrichener Bäume nicht vollständig der gewünschte Zweck erreicht wird; denn was nützt mich ein Stumpf in einer Allee, wenn er im Sommer keinen Schatten gibt? Es müßte meines Erachtens in Baden-Baden auch mit der Anpflanzung anderer Sorten ein Versuch gemacht werden; denn es ist eine bekannte Tatsache, daß gerade die schwachholzigen Ahornbäume sehr leicht von den Mispeln befallen werden. Man kann ja auch in Baden diese Beobachtung machen: es sind mitten zwischen den Ahornbäumen einige Buchen angepflanzt worden, ohne daß sie von den infizierten Bäumen irgendwie benachteiligt worden wären. Die Regierung hat nach dieser Richtung schon vor längeren Jahren einen Versuch gemacht, der glänzend ausgefallen ist. Unmittelbar vor dem Landesbad wurden Kastanienbäume, die blühen, aber keine Frucht geben, angepflanzt; diese haben sich innerhalb 15 Jahren schon vollständig zu einem Laubwald entwickelt, sie sind aber auch gesund geblieben. Ich glaube also, man sollte Bäume mit härterem Holz anpflanzen, und man wird dann sehr rasch über diese traurige Angelegenheit hinwegkommen.

Bei der letzten Beratung dieses Budgets hatte ich bezüglich der Verhältnisse im Friedrichs- und Augustabad darauf abgehoben, daß es nun bald an der Zeit wäre, das Trinkgelberunwesen in derartigen staatlichen Anstalten abzuschaffen. Durch diese Trinkgelber werden die Gehälter und Löhne des Personals aufgebessert, sie werden, wie uns die Regierung mitteilt, nach Dienstalter und Rang verteilt. Ich erachte diesen Zustand für unhaltbar; ich halte ihn auch deswegen nicht für richtig, weil bei diesem Trinkgelberunwesen auch Beamte eine Rolle spielen, die in etatmäßigem Verhältnis stehen. So erhalten z. B. der Verwalter und andere Personen Anteile an diesen Trinkgelbern ausbezahlt; ich weiß nicht, ob dieser Zustand nicht gegen unser Gesetz verstößt.

Man hat ja nun auch in der Stadt Baden, damit diese Sachen nicht in die Öffentlichkeit dringen, so ähnlich wie beim Eisenbahnministerium den Versuch gemacht, durch Erlasse zu verhindern, daß derartige Zustände, die als nicht erstrebenswert zu bezeichnen sind, der Öffentlichkeit bekannt werden. Es ist nämlich im Friedrichsbad ein Plakat angebracht worden, worin das Publikum darauf aufmerksam gemacht wird, sich nicht in Gespräche mit dem Wärterpersonal einzulassen und insbesondere keine Beschwerden und Klagen über die Entlohnung entgegenzunehmen. Diese Anordnung ist plötzlich gekommen, nachdem ich vor zwei Jahren im Plenum dieses Hauses Beschwerden über das Trinkgelberunwesen vorgebracht habe. Wenn die Regierung glaubt, daß man seine Erkundigungen gerade beim Baden einzieht, dann ist sie vollständig auf dem Holzweg; die Leute wissen einen auch ganz gut in der Stadt zu treffen, wenn sie Wünsche und Beschwerden haben. Gerade durch derartige Plakate wird man darauf aufmerksam gemacht, daß etwas nicht in Ordnung ist, denn wenn alles in Ordnung wäre, bräunte man derartige Plakate nicht öffentlich auszuhängen. Ueberhaupt, wenn man längere Zeit in Baden-Baden ist und, wie es ja meistens geschieht, regelmäßig das gleiche Bad besucht, es also mit dem gleichen Personal zu tun hat, da tritt allmählich ganz von selbst ein gewisses Vertrauensverhältnis ein; der Wärter ist ja die Person, die den Badenden pflegt. Man wird sich in eine Unterhaltung einlassen und als anständiger Mensch, der es mit seinen Nebenmenschen wohl meint, wird man sich auch um die pekuniäre Lage dieser Mitmenschen etwas kümmern. Die Leute haben ein Recht, das man ihnen nicht verkürzen soll, bei einer solchen Gelegenheit ihre Wünsche und Schmerzen zu äußern. Ich glaube, daß dieser Hinweis genügen wird, den Herrn Minister zu veranlassen, daß diese Plakate entfernt und dorthin geschickt werden, wohin sie von Rechtswegen gehören.

Ich hatte auch Veranlassung genommen, Verschiedenes über das Landesbad vorzubringen; ich erkenne nun an, daß verschiedene Wünsche, die vor zwei Jahren geäußert worden sind, entsprochen ist. Insbesondere trifft dies zu, was den Assistenzarzt anbelangt. Nach den früheren Zuständen war es für den Bezirksarzt durchaus unmöglich, alle Kranken bei diesem hohen Krankenstande pünktlich und regelrecht untersuchen zu können. Ich hatte auch verschiedene Beschwerden der Kranken nach der Richtung hin vorgebracht; diese haben sich eben durch Ueberlastung des Bezirksarztes ergeben. Ich nehme nun an, daß durch die Anstellung des Assistenzarztes im Landesbad bessere Verhältnisse eintreten werden.

Eine ganze Reihe anderer Punkte, die ich vor 2 Jahren vorgetragen habe und die ich mir erlaube, heute wieder um vorzubringen, hat aber nicht ihre Erledigung gefunden. Im Landesbad sind im ganzen 12 Zellen zum Baden eingerichtet. Von diesen 12 Zellen werden mehrere für besondere Spezialbäder verwandt, nämlich 2 für Kohlensäurebäder, eine für Fango, eine für Bäder nach dem System Kellermann (überhitzte, trockene Luft), eine für elektrische Lichtbäder und noch eine für Halbbäder, so daß also für die sogenannten Thermalbäder eigentlich nur 6 Zellen übrig bleiben.

Die Heilgymnastik fehlt im Landesbad vollständig, sie wird im Friedrichsbad vorgenommen. Es wäre sehr gut, weil die meisten Kranken, die im Landesbad eingewiesen, um zu einem günstigen Resultat zu gelangen, auch Heilgymnastik treiben müßten, wenn die Einrichtungen für Heilgymnastik auch im Landesbad erreicht würden. Damit würde auch eine Entlastung des in dieser Beziehung überlasteten Friedrichsbades herbeigeführt.

Die Einweisung der Kranken geschieht selbstverständlich immer noch sehr langsam. Es muß ein Kranker durchschnittlich 12 Wochen warten, bis er in das Landesbad kommt. Zieht man dann noch in Betracht, daß

die Kranken, wenn sie sich beim Arzt krank melden, nicht sofort eingewiesen werden, sondern daß sie vorher an ihrem Wohnort noch wochenlang eine Kur durchmachen müssen, und daß der Arzt gewöhnlich erst dann, wenn sich zeigt, daß diese Kur nichts trugt und er am Ende seines Lateins angelangt ist, den Kranken ins Landesbad einweist, so kann man darauf rechnen, daß der Mann vom Beginn seiner Erkrankung an gerechnet etwa 18—20 Wochen warten muß, bis er in das Landesbad gelangt. Dann ist aber in den meisten Fällen schon die sichere Gewähr einer vollständigen Heilung nicht mehr vorhanden. Die Krankheit hat in dieser Zwischenzeit Fortschritte gemacht, die jedenfalls zu verhindern gewesen wären, wenn der Patient eben frühzeitig genug in das Landesbad eingewiesen worden wäre.

Nun verspricht man sich selbstverständlich einen schnelleren Gang der Einweisung davon, daß nunmehr vom Sommer ab durch die Einrichtung eines Landesbades in Dürheim eine Entlastung stattfinden kann. Ich habe mich auch nach der Richtung hin erkundigt und habe in Erfahrung gebracht, daß sich von den in das Landesbad in Baden eingewiesenen Kranken kaum 5 Prozent dazu eignen würden, broben in Dürheim behandelt zu werden. Für Dürheim kommen in erster Linie die Strophulösen und dann die Leute mit schlecht verheilten Knochenbrüchen in Betracht, während alle übrigen Kranken vor wie nach darauf angewiesen sind, ihre Heilung in Baden-Baden zu suchen. Dann kann aber die Entlastung auch nicht so sehr groß sein. Das Landesbad in Baden ist gewöhnlich vom 1. März bis Dezember, also etwa 9 Monate, geöffnet. Ich glaube kaum, daß an eine Deffnung des Bades in Dürheim für eine längere Zeit als drei, höchstens vier Monate gedacht werden kann. Denn wir müssen in Dürheim die klimatischen Verhältnisse in Betracht ziehen. Es liegt auf einem Hochplateau, wo die Kälte sehr früh eintritt. Es besteht also ein erheblicher Unterschied gegenüber Baden, das mit Ausnahme von einzelnen Monaten im Jahre immer gelinde Bitterung zu verzeichnen hat. Wenn das Bad in Dürheim länger ausbleiben sollte, so wird kein besonderer Erfolg zu verzeichnen sein; denn gerade derartige Kranke bedürfen warmer Bitterung, wenn der Heilungsprozeß gut von statten gehen soll.

Es muß deswegen nach wie vor die Aufgabe der Regierung sein, dafür zu sorgen, daß das Landesbad einen Ausbau erhält. Es könnten alsdann auch im neuen Gebäude Thermalbäder geschaffen werden, so daß es möglich wäre, die Kranken rascher baden zu lassen.

Um rechtzeitig fertig zu werden, hatte man den Badaufgang im Landesbad früher auf 4 Uhr, jetzt auf 5 Uhr morgens festgesetzt. Der Betrieb dauert dann bis zum Nachmittag. Abgesehen von den Sommermonaten ist es während der übrigen kühleren Zeit, also während der Monate März bis Mai und September bis Dezember, nicht gerade besonders angebracht, die Kranken zu veranlassen, so frühzeitig die Bäder zu nehmen.

Gleichzeitig muß ich meinem Wunsche wieder Ausdruck verleihen, daß die Wohnungen im Hospiz aufgehoben und daß alsdann nach Errichtung des Neubaus auch dort hin übertragen werden mögen. Das Hospiz ist tatsächlich zu einem großen Teile ungeeignet. Durch eine Umfrage bei den eingewiesenen Staatsbeamten würde sich sehr leicht ergeben, daß die meisten mit den Wohnungen im Hospiz nicht zufrieden sind.

Die gegenwärtigen Platzverhältnisse sind im Landesbad für die Kranken nicht sehr angenehm. Die Aerzte verordnen gewöhnlich, daß, wenn ein Bad genommen worden ist, die Kranken etwas ruhen sollen. Aber da es im Landesbad vollständig an Platz gebricht, so werden die Kranken sofort zum Spazierengehen hinausgeschickt. Das mag bei guter, warmer Bitterung sehr günstig sein. Aber bei kalter Bitterung ist es nicht gut.

Es kann dann sogar noch schädlich wirken; es kann sich die gute Wirkung des Bades auf diese Weise sehr rasch verlieren, und es kann sich der Zustand des Kranken sogar noch verschlechtern.

Städtisches für den Neubau geeignetes Gelände ist in der Nähe zu haben. Man könnte gegebenenfalls sehr gut einen Austausch mit Staatsgelände vornehmen.

In Baden sind aber auch Interessenten — das möchte ich hier nicht unerwähnt lassen —, die sich gegen eine Vergrößerung des Landesbades aussprechen. Gegen diese muß ich mich wenden. Sie gehen von dem Standpunkt aus, daß, wenn das Landesbad vergrößert würde, dadurch die wirtschaftlichen Interessen kleinerer Hoteliers geschädigt würden. Nun ist es ausgeschlossen, daß in Baden ein Kurgast mit 3,50 Mk. im Tag von irgend einem, auch dem kleinsten Hotel verpflegt würde. Das ist nämlich der Kostenfuß, den ärmere Patienten, die keiner Krankenkasse angehören oder die nicht in irgend einem Staatsdienstverhältnis stehen, im Landesbad bezahlen. Es ist also jede Konkurrenz auch für die wirtschaftlich schwächeren Hoteliers in Baden abgelenkt, und ich sehe nicht ein, warum seitens der Stadt Baden gegen die Vergrößerung des Landesbades, die im Interesse des gesamten Landes liegt, ein Widerspruch erhoben wird. Wenn Baden vom allgemeinen Landesinteresse aus Förderung haben will und wenn man ihm vom allgemeinen Landesinteresse aus diese Förderung auch zukommen läßt, so muß dabei doch daran festgehalten werden, daß Baden gegenüber dem Staate bezüglich des Landesbades auch etwas entgegenkommender wird, insbesondere, wenn es sich darum handelt, das Gelände für das Landesbad zu erwerben. Das Hospiz könnte alsdann ganz gut wieder wie früher als Hotel vermietet oder auch von Staatswegen verkauft werden. Es war überhaupt i. Jt. nur als sog. Provisorium gedacht, um eben dem Mangel an Wohnungen im Landesbad abzuhelfen. Aber aus diesem Provisorium ist nachträglich ein Definitivum geworden, obgleich ursprünglich niemand daran gedacht hat, ein derartiges Definitivum auszuführen. Ich denke, daß auch diese Frage seitens der Regierung in Erwägung gezogen werden wird.

Außerdem habe ich mich erkundigt, wie das Personal im Landesbad arbeitet. Es ist ein Verwalter da, der mit seiner Frau den ganzen Haushalt besorgt. Die Bezahlung des Verwalters ist genau die gleiche wie im Friedrichs- und Augustabad, trotzdem der Verwalter im Landesbad noch die Aufgabe hat, selbst die Kranken zu verpflegen, weil bekanntlich alle im Landesbad untergebrachten Kranken dort freie Kost und Verpflegung haben. Die Frau steht der Küche vor. Vielleicht kann man dem entgegenhalten, für die Besorgung dieser Arbeiten sei der Verwalter mit seiner Familie ebenfalls mit freier Kost und Wohnung untergebracht, was bei den Verwaltern der anderen Bädern nicht zutrifft. Demgegenüber möchte ich aber anführen, daß die Trinkgelder, die beim Verwalter im Friedrichsbad 1000 bis 1200 Mark betragen sollen, das aufwiegen, was dem Verwalter im Landesbad durch die freie Station zugewendet wird. Auch der dirigierende Arzt, der Bezirksarzt, hat schon öfters in seinen Berichten an die Regierung Wünsche geäußert und empfohlen, eine Vergütung für die Tätigkeit der Frau eintreten zu lassen. Ich weiß nicht, warum diesen Wünschen nicht Folge gegeben wurde. Man kann doch annehmen, daß, wenn der Bezirksarzt derartige Anforderungen wiederholt an die Regierung stellt, er seine wohlverwogenen Gründe dafür hat, und ich glaube, daß man diesem Wunsche hätte entsprechen können. Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Auch der Staat soll sich nicht von einem Menschen, mag er in einer Lage sein wie er will, Arbeit leisten lassen, ohne ihm dafür Entgelt zu geben. Ich will hoffen, daß die vorgetragenen Bitten, die den Tatsachen entsprechen, ihre Befriedigung finden werden.

Ich möchte nun noch aussprechen, daß sich di

Regierung keinen großen Hoffnungen hingeben möge, daß durch die Eröffnung des Solbads Dürheim eine große Entlastung des Landesbades eintreten wird. Die Gesuche, in das Landesbad aufgenommen zu werden, werden immer zahlreicher. Unser Staatsbeamtenkörper hat sich sehr stark vermehrt, unsere Eisenbahn hat viele Beamten, und wir wissen, daß gerade Eisenbahnbeamte infolge ihrer Tätigkeit bei Wind und Wetter leicht von Rheumatismus befallen werden. Wir wissen auch, daß die Arbeiter von Jahr zu Jahr zahlreicher werden. Vielleicht wird ja in den nächsten zwei oder drei Jahren der Zustrom nicht stärker werden, als er jetzt ist, aber für die Zukunft kann auch die Eröffnung des Solbades Dürheim das Anwachsen des Zubruges nicht verhindern. Ich bitte daher, daß in zwei Jahren ein Betrag angefordert wird, um die Herstellung eines Erweiterungsbaues für das Landesbad in die Wege zu leiten.

Abg. Geppert (Zentr.): Wenn man den Bericht der Handelskammer Karlsruhe für das Jahr 1907, insbesondere denjenigen Teil, der vom Hotelgewerbe der Stadt Baden handelt und erstattet ist von den Hotelbesitzern der Stadt Baden, zur Hand nimmt, und im Verfolg seiner klagenden Erörterungen der pessimistischen Frage begegnet: „Will man denn Baden wirklich zu Grunde gehen lassen?“, so könnten Uneingeweihte zu der unrichtigen Schlussfolgerung kommen, daß hier bei Wahrnehmung der Interessen der Stadt Baden eine bedauerliche Vernachlässigung vorliege, oder die gefezten Wächter der bedrohten Interessen fatalistisch den Dingen den Lauf ließen, sodaß man sich mit einer derartigen Frage in die Öffentlichkeit flüchten müsse. Man würde aber der Sachlage Zwang antun, wollte man dies annehmen. Bei näherem Zusehen und insbesondere nach den genauen und ausführlichen Darlegungen, wie sie im Bericht der Budgetkommission enthalten sind, handelt es sich vielmehr um ein Zusammentreffen verschiedener ungünstiger miblicher Verhältnisse, die momentan die Lage der Stadt Baden bedrohen, und um das Auftreten verschiedener Anforderungen, hervorgerufen von dem Wunsche nach Befriedigung neuzeitlicher Ansprüche, mit denen andere Kurorte Baden bereits vorangegangen sind. Dieser Situation gegenüber wird man wohl sagen müssen: Das Schritthalten Badens mit der Konkurrenz bedingt eine baldige erfolgreiche Ueberwindung dieser Schwierigkeiten, damit Baden nicht noch weiter überflügelt wird. Damit ist aber nach den neuesten Entschlüssen der Großh. Regierung, wie sie uns jüngster Tage zugegangen sind, bereits ein kleiner Anfang gemacht, von dem ich wünsche, daß ihm ein weiterer Fortschritt folgen möge.

Im Vordergrund steht die Frage des Kurhaus-Restaurationsneubaus, um den man nicht mehr länger herumkommt. Dieser ist schon längst die Sorge der Stadt Baden und jetzt nicht weniger der Großh. Regierung. Es kann darum nur begrüßt werden, daß die Sache jetzt richtig angefaßt wird und die Großh. Regierung selbst zu bauen entschlossen ist. Hiermit glaube ich, daß wohl der beste und feste Boden für ein klares Bauprogramm geschaffen ist, nämlich ein gezieltes Zusammenwirken zwischen der Großh. Regierung und der Stadtverwaltung Baden.

Mit der Fertigstellung der zunächst dringend erforderlichen Herstellung von der Neuzeit entsprechenden Restaurationsräumlichkeiten sollte mit Rücksicht auf den Charakter der Dringlichkeit und Notwendigkeit auch einmal in schnellerem Tempo vorgegangen werden. Die Interessen Badens erfordern dies gebieterisch. Jeder weitere Rückgang der Fremdenfrequenz ist ein Verlust nicht nur für die Beteiligten, nicht nur für die Stadt Baden, sondern auch für die höher blühende Landwirtschaft des ganzen Bezirks. Jedes Nachlassen

des Fremdenverkehrs in Baden ist schwer wieder einzuholen. Denn Fremde, die einmal Baden den Rücken gekehrt haben, sind so gut wie verloren für Baden. In früheren Jahren hat Baden mehr das Gepräge eines internationalen Kurorts gehabt, und der Besuch der Ausländer ist einmal sogar angefliegen bis auf 60 Prozent. Baden ist von dieser stolzen Höhe herabgeglitten bis auf etwas über 20 Proz. Ausländer. Jene Jahre waren diejenigen, wo der Louisdor auf den grünen Tischen der Bäderstadt gerollt hat. Sie sind endgültig vorüber. Aber vorüber ist nicht die hohe Bedeutung des Besuchs der Ausländer in der Bäderstadt. Denn Geld, das von Ausländern in unseren Kurorten ausgegeben wird, bedeutet eine Verminderung unserer passiven Handelsbilanz, die leider immer noch Tausende von Millionen beträgt. Das haben die Schweizer beizeiten erkannt, und dort besteht der Fremdenstrom aus 78,2 Prozent Ausländer (darunter 30 Prozent Angehörige des deutschen Reichs), die jährlich etwa 100 Millionen in der Schweiz liegen lassen. Aber die Schweizer verstehen es auch ganz vortrefflich, es den Fremden anzutun und sie an ihr herrliches Land zu fesseln. Unternehmungsfinn, ja geradezu Kühnheit in der Unternehmungslust müssen wir an den Schweizern bewundern. In der Unternehmungslust müssen wir von der Schweiz lernen. Dort sind es aber auch die Regierung, die Gemeinden und die Bürger, die in der Fürsorge für die Badeorte wettkämpfen, insbesondere darin, zweckmäßige und der Neuzeit angepasste Mittel zu finden, um den internationalen Verkehr ins Land zu bringen. Hier von haben die Schweizer uns wieder ein Beispiel gegeben in der Erkenntnis des hohen Wertes unserer Rheinwasserkräfte am Oberrhein, Kräfte, die nicht zuletzt auch Verwertung finden sollen im Interesse der Fremdenfrequenz des eigenen Landes. Baden ist eine Fremdenstadt, sie kann zu nichts anderem gemacht werden, dort ist kein Boden für die Industrie, auch nicht für Fabriken, alles dreht sich um den Fremdenverkehr, und jede zweite Frage während der Saison ist wohl die: Sind viele Fremden da?

Große Ziffern sind es, die, wie der Herr Abg. Freiherr von Wenzingen dargelegt hat, für alle Zweige des Erwerbslebens mit dem Blicken der Bäderstadt zusammenhängen. Die hohe Bedeutung solcher Zahlen für den Baden umgebenden landwirtschaftlichen Bezirk, soweit die vielgliederten Betriebe desselben in Betracht kommen, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Aus vollster Ueberzeugung kann ich hier aussprechen, daß die hohe Entwicklung der Landwirtschaft, die Bedeutung der Einnahmen und der jetzige Stand der Rentabilität ohne die Fremdenfrequenz der Bäderstadt gar nicht denkbar wären, und wenn wir heute Baden in unserer Gegend mit seinem Fremdenbesuch ausstreichen würden, man würde gar nicht ahnen, welcher Verlust unseren Bezirk treffen würde. Wohl keine Gemeinde im ganzen Kreise Baden ist ohne nähere Beziehungen zu der Kreis-hauptstadt, deren Markt- und Aufnahmefähigkeit die wirtschaftliche Existenz von so vielen Leuten bedeutet. Das macht sich aber nicht nur allein in Baden geltend, sondern auch die Märkte in Achern, Mühl und Raßau werden dadurch beeinflusst, die Preise sind dort im Vergleich zu anderen Orten viel höher. Die einzelnen Gemeinden der Umgebung Badens haben ihren landwirtschaftlichen Betrieb ganz besonders dem Bedarf der Stadt Baden angepasst, und einzelne sind dazu übergegangen, neben dem jetzt weniger erträglichen Weinbau auch den Gemüsekraut in größerem Umfang zu betreiben. Der Absatz dieser Erzeugnisse erfolgt durch Frauen und Mädchen, während die Männer zu Haus der schweren landwirtschaftlichen Arbeit nachgehen. Für den geldeinbringenden Obstbau ist namentlich Baden ein ganz hervorragender Platz geworden. Der bedeutende Konsum in Baden erfordert dahin eine sehr starke Zufuhr, und für wirliches feines Obst werden in Baden die höchsten Preise bezahlt.

Ich möchte noch mit einigen Worten auch auf den Zuzug der Arbeiter nach Baden zu sprechen kommen, und da will ich auch hervorheben, daß eine große Anzahl Arbeiter des ganzen Bezirkes auskömmliche und lohnende Beschäftigung in Baden findet, und daß die guten Löhne unseres Arbeitsmarktes wesentlich zusammenhängen mit der Beschäftigung, die die Geschäftsbetriebe, die Unternehmungen der Stadt Baden, insbesondere die Unterhaltung ihres ausgedehnten Straßennetzes in Stadt und Land bieten.

Ferner darf nicht vergessen werden, daß die Fremdenfrequenz in Baden auf die Gestaltung unserer Höhenkurorte im ganzen Schwarzwaldgebiete einen durchaus förderlichen Einfluß hat.

Es geht daher unser dringendes Verlangen und unsere dringende Bitte an die Groöhh. Regierung, gegenüber den jetzt in Frage stehenden vitalen Interessen ein außergewöhnliches Entgegenkommen zu betätigen, vor allem in der Erkenntnis, daß alles das, was angewendet werden muß für die Erhaltung des Fremdenverkehrs in Baden, nicht zu teuer erkauft ist, daß alle die Ausgaben wieder in tausend Kanälen zurückströmen, nicht nur als Einnahmen für den Staat, sondern auch als wichtige Momente für die Mehrung der Steuerkraft, die Erhaltung und Sicherstellung vieler einzelnen Existenzen und für den Wohlstand überhaupt. Die Groöhh. Regierung möge nicht engherzig sondern großzügig vorgehen und auch bedenken, daß die Ansprüche des Publikums in der Neuzeit erheblich gewachsen sind auf Grund eines größeren Wohlstandes, auf Grund der Ausbreitung von Luxus und Komfort und nicht zuletzt auf Grund einer starken Konkurrenz der Fremdenindustrie auf der ganzen Linie. Wenn schon in den zwanziger Jahren ein Bauwerk von einem berühmten Meister erstellt wurde, dessen Anlage und Form heute noch als eine monumentale Schöpfung gilt, dann darf wohl erwartet werden, daß 80 Jahre später die Neuzeit einen Restaurationsneubau erstehen läßt, der allen Anforderungen unserer Zeit entspricht, der in Wettbewerb treten kann mit Einrichtungen anderer gleichwertiger Kurorte, und der auch im richtigen Einklang steht mit den wichtigsten Interessen der Allgemeinheit, die sich an den Fremdenverkehr unserer Vaterstadt knüpfen. Wir haben uns nicht gescheut, hohe Summen hier in diesem Landtage und in früheren Jahren zu bewilligen für die Erhaltung und Restaurierung der alten historischen Schloßbauten in unserem Lande, und wir stehen auch nicht an, weitere viele Millionen zu genehmigen. Es werden wohl, wenn alles zusammenaddiert ist, für die großen Bahnhöfe, die in unserem Lande errichtet werden müssen, über 100 Millionen werden. Wir wollen aber unsere Hand auch nicht verschließen, wenn es gilt, Badens Ruf und die Fremdenfrequenz Badens sicher zu stellen, wir wollen auch nicht zurückstehen gegenüber unseren Vorfahren, die von der Bedeutung Badens jedenfalls eine hohe Auffassung gehabt haben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Vinz (natl.): Aus dem Bericht des Herrn Abg. Kopf haben Sie entnommen, daß die Budgetkommission einmütig den in Frage stehenden Wünschen der Stadt Baden in durchaus wohlwollender Weise gegenüber steht. Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Vorredners nur anschließen. Namentlich möchte ich die Ausführungen des Herrn Vertreters der Stadt Baden-Baden, meines Freundes Dr. Gönner, auf das Wärmste unterstützen. Ich hoffe, daß die Groöhh. Regierung nicht nur in dem gewünschten Maße sondern auch im Tempo entgegenkommen wird. Es handelt sich nicht um lokale sondern um Interessen des Landes. Unter den vielen prächtigen Kurorten unseres Badener Landes steht Baden-Baden wie an Alter und allgemeiner Bedeutung, so auch in der Frequenz an der Spitze. Ba-

denweiler, im Alter ungefähr gleich mit Baden-Baden, ist dank dem helfenden Eingreifen des Staates nun ebenfalls in die Höhe gekommen. „Aus den Ruinen ist neues Leben erblüht“; unser lebhaftes Interesse ist, wie allen Kurorten unseres Landes, so namentlich denjenigen zugewandt, die zugleich Heilzwecken dienen.

Die Stellung Baden-Badens in der heutigen Konkurrenz ist naturgemäß schwieriger geworden. Niemand wird aber wohl die Zeit zurückrufen wollen, wo Baden-Baden die 60 Prozent ausländischer Fremden zum überwiegenden Teile der Spielbank zu verdanken hatte. Wir streben dahin, Baden-Baden ohne derartige böse Zutaten die alte Anziehungskraft zu sichern. Sorgen ernster Art für die Zukunft Baden-Badens habe ich nicht. Seine wundervolle Lage, seine heilkräftigen Quellen sind unübertroffen und schon damit ist sein internationaler Ruf gesichert.

Wohl verlangt das Bedürfnis unserer Zeit die Schaffung neuer Einrichtungen, wie sie uns eben beschäftigen, und es kann wohl nicht in Abrede gestellt werden, daß wir hier im Rückstande sind. Aber ich möchte doch auch nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß Baden-Baden trotz alledem, auch was seine Einrichtungen und seine äußere Repräsentation, abgesehen von der Natur, betrifft, doch Jahr für Jahr Fortschritte gemacht hat. Man kann es von Fremden und von Einheimischen, die nach einiger Zeit Baden wieder besuchen, immer hören: daß mit jedem Jahre Baden-Baden schöner geworden ist! Das hat Baden-Baden außer der Groöhh. Regierung, die ja allerdings hier eine Pflicht zu erfüllen hat, vornehmlich auch seiner umsichtigen, tatkräftigen und auf der Höhe der Zeit stehenden Gemeindeverwaltung zu verdanken, deren sich die Stadt seit Jahren erfreut. Um was es sich jetzt im besonderen handelt, ist von den geehrten Herren Vorrednern ausführlich dargelegt worden.

Eine Vergleichung mit Wiesbaden, das nach meiner Meinung im übrigen an die Vorzüge von Baden-Baden nicht im entferntesten heranreicht, wird hinsichtlich gewisser äußerer Einrichtungen allerdings zum Nachteil Baden-Badens ausfallen. Ich hoffe, daß die Groöhh. Regierung hier den berechtigten Wünschen mit aller Beschleunigung Rechnung tragen wird. Sie wissen, daß auch Karlsruhe als schöne und wohlthätige Stadt bestrebt ist, Fremde heranzuziehen, aber auch als Vertreter dieser Stadt trete ich gerne für Baden-Baden ein und anerkenne neidlos den ihm gebührenden Vorrang.

Ich wünsche Baden-Baden namentlich auch, daß es in die Lage versetzt wird, mit Theateraufführungen, wie der Herr Abg. Dr. Gönner ausgeführt hat, den Bedürfnissen der Fremden entgegenzukommen, Bedürfnissen, denen das Hoftheater nicht in dem Maße entgegenkommen kann. Daß im übrigen die Hoftheaterverwaltung, auch was Baden-Baden betrifft, für ihr Entgegenkommen Dank verdient, wurde bereits hervorgehoben, wie ich auch die Gelegenheit benütze — ich habe dies jüngst versäumt —, um namens der Einwohner Karlsruhes der Verwaltung des Hoftheaters Dank auszusprechen für die Veranstaltung von Volksvorstellungen zu ermäßigten Preisen. So hoffe ich denn, daß die im wesentlichen mit Zustimmung der Stadt in Aussicht genommenen Maßnahmen der Groöhh. Regierung zur Förderung der Wohlfahrt der Stadt Baden-Baden, aber auch zur Förderung wirtschaftlicher und idealer Interessen unseres Landes gereichen werden! (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Freiherr von und zu Bodman: Lassen Sie mich zunächst meine Freude darüber und meinen Dank dafür aussprechen, daß von allen Seiten dieses Hauses die

Schönheit und Bedeutung von Baden-Baden anerkannt und in warmen Tönen gewürdigt worden ist. Seien Sie überzeugt, daß auch die Großh. Regierung dieses Gefühl und diese Ueberzeugung vollständig teilt, und daß auch ich, der ich ja mit Baden-Baden auch durch manche liebe und teure Erinnerung verbunden bin, persönlich der vollen Ueberzeugung bin, daß wir in Baden-Baden ein köstliches Kleinod besitzen, welches wir hegen und pflegen müssen. Ich bin mir dessen vollständig bewußt, daß es insbesondere auch, wie das hervorgehoben worden ist, die Pflicht der Großh. Regierung ist, für die Pflege von Baden-Baden nach Kräften tätig zu sein. Ich glaube, wenn aus diesem Grundgedanken und aus diesem Gefühl heraus und auf Grund dieser Ueberzeugung die Geschäfte, soweit sie gemeinschaftlich zwischen dem Staat und der Stadt zu führen sind, geführt werden, so wird man sich auch jederzeit verständigen, und man wird jederzeit zu einem Ergebnis kommen, welches zum Wohle der Bäderstadt Baden-Baden und damit, wie ich ohne weiteres anerkenne, auch unseres ganzen Landes dient. Die Regierung hat sich ja auch bisher mit der Stadt Baden-Baden verständigt, und ich hoffe, es wird das fernere geschehen. Und wenn hier Anstände erhoben worden sind, Anstände gegen die Verhältnisse in Baden-Baden, auch gegen das Vorgehen der Großh. Regierung in manchen Stücken, so verkenne ich durchaus nicht, daß auch diese Bemängelungen lediglich aus demselben von mir geteilten Gefühl hervorgehen, daß man eben für Baden-Baden nicht genug tun kann, daß das Beste gerade gut genug ist für dies köstliche Besitztum unseres Landes.

Es ist von verschiedenen Seiten gesagt worden, teils, man sage es in Baden, teils, es sei auch tatsächlich so: Baden-Baden gehe zurück, Baden-Baden sei auf einem toten Punkt angekommen. Es ist sogar der Schatten des alten Alexander v. Humboldt heraufbeschworen und als fraglich erklärt worden, ob er wiederum sagen würde, daß Baden einer der schönsten Punkte der Erde sei. Ich weiß nicht, was Humboldt sagen würde, wenn er wieder käme. Es kann wohl sein, daß er finden würde, daß das alte Baden, wo man mehr Grün, mehr Natur und weniger Kunst gesehen hat, noch schöner war als das neue Baden. Das Zurückdrängen der Gärten durch Bauten hat ja dem äußeren Ansehen Baden-Badens in der Tat nichts genützt. Aber das eine würde er, glaube ich, doch gewiß auch sagen, denn Humboldt hatte immer ein offenes Auge für wirtschaftliche Gesichtspunkte: „Alle diese Bauten, die ich hier entstanden sehe, zeigen mir, zu welcher Blüte sich Baden entwickelt hat.“ Ich glaube, gerade die Art dieser Bauten spricht doch auch dafür, daß Baden-Baden in einer fortschreitenden Entwicklung begriffen ist. Gerade die Sanatorien, von denen der Herr Abg. Frhr. v. Menzinger gesprochen hat, zeigen doch, wie mehr und mehr die Bedeutung dieses Ortes als Kurort, als Ort für die Gesundheitspflege, anerkannt wird. Die Hotels sind nach und nach fast alle zu Erweiterungsbauten geschritten, und sehen diese Erweiterungsbauten fort.

Das zeigt doch wahrlich, daß die Bedürfnisse der Fremden gewachsen sind, daß auch der Zustrom der Fremden in der Zunahme und nicht in der Abnahme begriffen ist, und die trockenen Zahlen der Statistik, die wir Ihnen mitgeteilt haben, bestätigen das ja. Sie haben auf Seite 42 des Berichtes Ihrer Kommission die Aufzeichnung, daß im Jahre 1898 die Fremdenfrequenz über 69 000 Personen und im Jahre 1907 nahezu 76 000 Personen betrug. Dazwischen sind ja Schwankungen. Diese Schwankungen erklären sich aber ohne weiteres aus den Zeitverhältnissen. Ein Krieg z. B. wirkt natürlich auf die Frequenz ein, wirtschaftlicher Rückgang und Witterungsverhältnisse ebenfalls ganz bedeutend; gerade bei der Lage von Baden in diesem eingeschlossenen

Tale sind ja die Witterungsverhältnisse von großer Bedeutung für das Wohlbefinden, und deshalb hängt es von ihnen mit ab, welcher Zuspruch in einem Jahre besteht.

Daß Baden sich in aufsteigender Entwicklung befindet, das wird von einer Seite bestätigt, die berufener ist, sich darüber zu äußern, als ich, nämlich von der Seite des Großh. Bäderarztes. Ich habe hier seinen Jahresbericht für das Jahr 1907 vor mir, und da weist er auch auf die Erweiterungsbauten der Hotels usw. hin, also auf das, was ich schon erwähnt habe. Er erörtert dann im einzelnen die Fremdenfrequenz. Er kommt auch auf die Beteiligung der Ausländer an dieser Frequenz zu sprechen, und da sagt er, daß der verhältnismäßige Anteil der Ausländer in bedeutender Zunahme begriffen ist. Unter den Fremden befanden sich im Jahre 1904 30,4 Proz. Ausländer. Die Zahl ist dann in jedem Jahre gestiegen, und im Jahre 1907 betrug sie 37 Proz. Was die Zugehörigkeit der Ausländer zu den einzelnen Ländern betrifft, so hat sich die Frequenz gehoben, bei Frankreich — immer vom Jahre 1904 auf das Jahr 1907 — von 4259 auf 4784, ein langsames, noch nicht sehr starkes, aber stetiges Ansteigen. Amerika, was von großer Bedeutung ist, stieg von 2448 auf 4168, die Niederlande sind ungefähr gleichgeblieben, Rußland von 1128 auf 2069, Großbritannien ist sich ungefähr gleich geblieben.

Es wird aber auch weiter an der Hand der Bäderfrequenz gezeigt, wie sehr die Entwicklung in der Richtung Badens als Kurort fortgeschritten ist. Es wird darauf hingewiesen, daß vor 13 Jahren, im Jahre 1894, in Baden und Lichtental zusammen 109 000 Bäder abgegeben worden sind, im Jahre 1907 218 000 Bäder, daß sich also die Zahl der Bäder ungefähr verdoppelt hat. Rechnet man die Zahl der Bäder auf den Kopf der Fremden, so ergibt sich, daß im Jahre 1894 auf einen Fremden 1,7 und im Jahre 1907 auf einen Fremden 2,87 Bäder kommen. Auch hier, wie der Bäderarzt mehrfach hervorhebt, zeigt sich ein durchaus erfreuliches Bild. Wir haben also wirklich keinen Grund, von einem Stillstand oder von einem toten Punkt zu sprechen, sondern wir dürfen mit Freuden eine fortschreitende Entwicklung feststellen.

Wenn nun gesagt wurde, daß an einem Punkte Mängelstände beständen, nämlich in dem Wirtschaftsteile des Konversationshauses, so ist das ohne weiteres zuzugeben. Aber diese Mängelstände, wenn sie wirklich als solche zu empfinden sind, werden im Oftern dieses Jahres oder wenigstens bis zum Beginn der Saison dieses Jahres beseitigt sein. Es bedarf keiner Mahnung zu einem rascheren Tempo. Wir haben die 50 000 M., die zu der vorläufigen Herstellung bestimmt sind, bereits zur Verfügung gestellt. Die Behörde ist angewiesen, die Ausschreibung sofort ergreifen zu lassen und die Arbeiten so zu beschleunigen, daß zum Beginn der Saison würdige Wirtschaftsräume zur Verfügung stehen. Auch im übrigen wollen wir ein solches Tempo einhalten, und ich hoffe, daß wir in der Lage sein werden, Ihnen in dem nächsten Staatsvertragschlage die Mittel für die durchgreifende Erneuerung des Konversationshauses anzufordern.

Was nun dieses Konversationshaus betrifft, so bin ich auch dafür besonders dankbar, daß von allen Seiten anerkannt worden ist, daß wir darin ein Denkmal von hohem Werte besitzen, und daß es notwendig ist, dieses Baudenkmal zu erhalten, daß die Tätigkeit der Regierung sich darauf zu beschränken haben wird, es dem Sinne seines ursprünglichen künstlerischen Urbeschlusses einer Erneuerung zu unterziehen. Wenn hier die Geschichte dieses Erneuerungsbaues, speziell des

ungsbaues für die Wirtschaftsräume, im einzelnen dargestellt worden ist, so will ich darauf nicht zurückkommen, wenigstens nicht auf die ganze Entwicklungsgeschichte. Es ist ja jetzt ein Abkommen mit der Stadt getroffen, die Stadt hat sich mit dem Vorgehen des Staates einverstanden erklärt. Auch die Budgetkommission hat sich in dankenswerter Weise damit einverstanden erklärt. Es hat also wohl keinen Zweck, nochmals auf die Darlegungen einzugehen, die der Geschichte dieses Baues gelten. Nur ein Punkt bedarf einer Erörterung.

Es ist hervorgehoben worden, daß auch ich persönlich einer Abordnung der Stadt Baden gesagt habe, ich halte mich durch die Zusage meines Vorgängers für gebunden, und daß es dann trotzdem anders gekommen sei. Das kann so aussehen, als ob ich selbst es an Zuverlässigkeit zu wünschen übrig ließe, daß man auf mein Wort nicht bauen könne; ich muß deshalb mit einem Wort auf diese Vorgänge zurückkommen.

Es ist richtig, daß ich gesagt habe: Ich halte mich durch die Zusage meines Vorgängers für gebunden, und ich war auch damals, als ich das sagte, der Ansicht, daß auf der Grundlage des Erlasses vom 14. August 1906 (der auf Seite 31 des Kommissionsberichtes abgedruckt ist) die Frage der Erneuerung der Wirtschaftsräume und des Konversationshauses einer Lösung entgegenzuführen sei. Ich hatte damals erst vor kurzem mein Amt angetreten und ich war nicht in der Lage gewesen, mich in die Einzelheiten der Sache zu vertiefen.

Außerdem aber ist zu beachten: Was sagt denn jener Erlass? Jener Erlass befiehlt, daß das Ministerium bereit sei, der Stadtgemeinde Baden für die Errichtung des Neubaus eines Restaurants des Konversationshauses nach dem Fischerschen Projekt, das derzeit vom Restaurationsflügel überbaut, sowie das zur Ausführung dieses Projektes weiter erforderliche Gelände des Badfonds unter folgenden Bedingungen zur Verfügung zu stellen, und da heißt es nun: „Die Stadtgemeinde erstellt aus eigenen Mitteln den Neubau auf Grund des bezeichneten Projektes unter vollständiger Berücksichtigung der in dem Gutachten der Bezirksbauinspektion Baden vom 24. Juli 1906 und des bausachmännischen Referenten vom 3. August 1906 erörterten Mängel, insbesondere hinsichtlich der Aborte, Toilettenanlagen, der Garderoberräume, der Rotausgänge und der Erweiterung der Küchenräume.“

Das habe ich doch wirklich dahin auffassen dürfen, daß die Beseitigung dieser Mängel die Voraussetzung für die Ausführung des Projektes sei. In jenem Stadium der Verhandlungen, als ich mich zur Sache äußerte, lagen ja detaillierte Pläne in dem Maße wie später noch nicht vor; die Pläne, welche darlegen sollten, daß den Mängeln abgeholfen sei, kamen erst später ein und diese Pläne wurden dann einer sorgfältigen und sachverständigen Prüfung unterzogen. Diese Prüfung hat dann alle die Bemängelungen ergeben, die in unserer im Kommissionsbericht abgedruckten Antwort niedergelegt sind, und auf Grund dieser Gutachten bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß den Mängeln eben nicht in genügender Weise abgeholfen ist, und daß ihnen auch nicht abgeholfen werden kann, wenn darauf bestanden wird, daß auf der zur Verfügung stehenden Grundfläche auch noch ein Theateraal miterrichtet werden soll. Die Aufnahme dieses Theaterbaues in das Projekt hat alle übrigen Pläne so zusammengeschoben, daß den allerwichtigsten Bedürfnissen nicht genügend Rechnung getragen werden könnte; das einzelne ist ja dargelegt, so daß ich nicht nötig habe, darauf zurückzukommen.

Ich war also der Meinung, daß den Anforderungen auch dieses Erlasses nicht genügt sei, und ich habe das der Stadt eröffnet. Ich habe aber zugleich ausgesprochen, daß, wenn hiernach die Stadt ihr Anerbieten, ihrer-

seits das Projekt auszuführen, nicht glaube aufrecht erhalten zu können, dann selbstredend die Verpflichtung des Staates eintreten würde, das Nötige zu tun.

Ein Vorwurf gegen die Großh. Regierung — ein Vorwurf, der übrigens nur in sehr zarter Weise gemacht wurde, indem gesagt worden ist, das Verhalten komme einem Widerruf gegebener Zusagen gleich — ist also nicht begründet. Bei derartigen Zusagen handelt es sich ja überhaupt nicht um Geschäfte, die zwischen zwei Geschäftsleuten abgeschlossen werden, sondern es handelt sich um Ansichtsäußerungen, wie man eine gemeinsame Aufgabe glaubt zur Lösung bringen zu können, und wenn man auf Grund einer sorgfältigen u. gewissenhaften Prüfung zu der Ansicht gelangt, daß auf dem einen Wege die Aufgabe nicht gelöst werden kann, dann muß man eben einen anderen Weg einschlagen. Ich glaube, es wäre nicht im Interesse der Stadt Baden gelegen, wenn jenes Projekt zur Ausführung gelangt wäre; man hätte schwer geklagt über alle die Mängel, die in den verschiedenen Begutachtungen hervorgehoben worden sind, Mängel, die nicht etwa auf ungenügenden Leistungen des hervorragenden Architekten zurückzuführen sind, welcher das Projekt gemacht hat, sondern die auf die unlösliche Aufgabe zurückzuführen sind, auf diesem beschränkten Raume zugleich auch noch einen großen Theateraal unterzubringen und doch alle anderen Räume in befriedigender Weise zu gestalten; es ist das die Quadratur des Kreises, die keinem Künstler gelungen wäre.

Nun hat also die Regierung sich bereit erklärt, das Nötige zu tun, und die Stadt ist damit einverstanden, sie meint aber, es müsse das aus allgemeinen Staatsmitteln geschehen, und jedenfalls dürfe nicht der Zuschuß, der bisher aus den Ueberschüssen der Badanstaltsverwaltung an die Stadt geleistet wurde, zurückgezogen werden und ebensowenig dürfe der Pachtzins aus der Restauration von der Regierung in Anspruch genommen werden; es liege in dieser Beziehung ein bindendes Uebereinkommen vom Jahre 1872 vor. Was nun die Natur dieses „Uebereinkommens“ betrifft, so möchte ich zunächst daran erinnern, daß im Jahre 1900 der Herr Abg. Dr. Gönner selbst hier in der Kammer gesagt hat, es könne selbstverständlich „niemals die Rede davon sein, daß die Stadt Baden ein vertragsmäßiges Recht mit dem Attribut zivilrechtlicher Erwingbarkeit in Anspruch nehmen wolle“; das wird auch heute noch gelten und es wird deshalb wohl eine akademische Frage sein, wie man rechtlich jenen Akt vom Jahre 1872 aufzufassen hat. Ein in zivilrechtlicher Beziehung bindender Vertrag ist es jedenfalls nicht. Es ist eine Verständigung zwischen zwei Faktoren, die die gemeinsame Aufgabe haben, im Interesse der Bäderstadt zu wirken; es ist eine Verständigung zwischen dem Staat und der Stadt, darüber, wie, nachdem die Spielpacht aufgehört haben würde, diejenigen Ausgaben zu bestreiten seien, welche bisher vom Spielpächter bestritten worden waren; eine Verständigung also darüber, wie die aus dem Spielpachtvertrag angefallenen Gelder zu verwenden seien.

Es bedarf der ausdrücklichen Betonung, daß der Badfonds aus Spielpachtgeldern besteht; die Spielpachtgelder sind nicht Leistungen der Stadt Baden, und sie sind auch nicht Leistungen der Einwohner von Baden-Baden (oder doch nur zu einem sehr kleinen Teil) gewesen — die Badener selber haben sich des Spieles, glaube ich, ziemlich enthalten —, sondern es sind Leistungen gewesen, die der Spielpächter aus dem Portemonnaie der Fremden geschöpft hat, die sich da in Baden zusammengefunden hatten in der Hoffnung, sein Portemonnaie zu leeren (Geiterkeit). Diese Gelder sind also herbeigekommen aus dem Spielpacht, aus einer Verpachtung seitens des Staates, aus der Zulassung des Spieles

seitens des Staates für ein Entgelt seitens des Pächters. Insofern sind es also Gelder, über die der Staat zu verfügen hat, und der Staat hat durch das Abkommen von 1872 darüber verfügt. Er hat sich dabei mit der Stadt verständigt. Wenn dabei Leistung und Gegenleistung ausgemacht wurde, daß also der Staat so viel und dafür wiederum die Stadt so viel in den Kurfonds zahlt, so würde aus der Zurückziehung der Leistung des Staates doch nur das Eine hervorgehen können, daß nun auch die Stadt ihrer Gegenleistung enthoben sei. Ich glaube aber, auch das ist eine akademische Frage. Die Stadt muß in ihrem eigenen Interesse die Aufwendungen für kurörtliche Zwecke machen.

Was nun aber die Zusage des Staates betrifft, diese 77 000 Mark Zuschuß an die Stadt Baden zu bezahlen, so ist doch damals schon ausdrücklich gesagt worden, daß sie aus den Uberschüssen des Badfonds zu zahlen seien. Wenn also der Badfonds keine Uberschüsse mehr liefert, dann hat er doch auch die 77 000 Mark nicht mehr zu bezahlen. Allerdings wurde damals auch gesagt, daß der Badfonds ein unangreifbarer Fonds sein sollte, und insofern war man damals der Meinung, daß diese Uberschüsse sich immer ergeben würden. Der Badfonds ist dann in der Folgezeit allerdings wiederholt angegriffen worden. Es sind aus ihm die großen Bäder hergestellt worden. Das alles ist aber mit Zustimmung sowohl der Stände als insbesondere auch der Stadt Baden geschehen. Die Stadt Baden hat ihre Zustimmung dazu erteilt, daß die Bäder aus Mitteln des Badfonds gebaut wurden. Sie hat allerdings dabei immer die Erwartung ausgesprochen, daß ihr der betreffende Zuschuß verbleibe. Im übrigen hat die Regierung doch auch schon früher das Ubereinkommen nicht als in dem Maße bindend angesehen, wie es seitens der Stadt betont wird. Sie hat den Zuschuß durch drei Budgetperioden hindurch um 12 000 M. gekürzt, auch auf Grund des Einverständnisses der Stadt Baden. Dieses Einverständnis wurde unter einem gewissen Protest erteilt; immerhin aber wurde der Standpunkt der Regierung anerkannt, daß diese Summe von 77 000 M. kein unbedingt feststehender Beitrag sei. Also nach diesem Sinne des Abkommens kann die Regierung in der Tat, wenn sie diesen Wirtschaftsbau neu auführt, wenn sie das Konversationshaus erneuert und damit einem dringenden Bedürfnis abhilft, wenn dadurch dann, daß diese Mittel aus dem Badfonds entnommen werden, die Erträgnisse des Badfonds noch weiter zurückgehen und keine Uberschüsse mehr da sind, doch sehr wohl der Stadt gegenüber den Standpunkt vertreten, daß dieser Zuschuß nunmehr zurückzuziehen sei, und ebenso, daß, wenn sie das Wirtschaftsgebäude neu herstellt, dann auch der Wirtschaftspacht ihr zuließen müsse.

Nun will ja aber die Regierung damit nicht etwa die Stadt nötigen, diesen ihr entgehenden Betrag im Wege der Umlage aufzubringen, sondern sie ist eben der Ansicht, daß die Stadt Baden, wie andere Kurorte auch, diesen Betrag und noch weit mehr als diesen Betrag aufbringen könne, wenn sie eine richtige Kurort, eine Kurort im Sinne der Gemeindeordnung, erhebt. Die jetzige Kurort ist ja nur ein Eintrittsgeld in den unfriedigten Raum der Promenade und in das Konversationshaus. Sie ist ein privatrechtliches Entgelt für die Benützung dieser Einrichtung. Die Kurort im Sinne der Gemeindeordnung ist eine Fremdensteuer, und diese Fremdensteuer würde, auch mäßig bemessen, der Stadt Baden solche Beiträge bringen, daß sie den Zuschuß der Regierung nicht mehr benötigen würde. Der Standpunkt der Regierung ist also der, daß, da der Stadt Baden einerseits durch die Erneuerung des Konversationshauses etwas geboten wird, was viel mehr wert ist als der bisherige Zuschuß, und da die Stadt Baden andererseits in der

Lage ist, ohne Inanspruchnahme ihrer eigenen Einnahmen im Wege einer Kurort einen Ersatz für diese Mittel sich zu beschaffen, kein Grund zur Inanspruchnahme allgemeiner Landesmittel besteht. Indessen, die Regierung wird diesen ihren Standpunkt zunächst im Wege der Verständigung mit der Stadt Baden geltend zu machen suchen, und sie wird bei den Verhandlungen sich von dem Geiste leiten lassen, den ich vorhin an die Spitze meiner Ausführungen gestellt habe, von dem Geiste des Wohlwollens für Baden und von der Ueberzeugung, daß wir zusammen arbeiten müssen, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß wir mit der Stadt Baden auch darüber zu einer Verständigung gelangen werden.

Es sind dann eine Reihe von Einzelpunkten zur Sprache gebracht worden: zunächst bezüglich des Konversationshauses der Wunsch, daß auch der Gartenfall und der Springbrunnen wiederhergestellt werden. Diesem Wunsche wird entsprochen werden.

Sodann wurde von der Lichtentaler Allee gesprochen und darüber gesagt, daß diese Natursehenswürdigkeit verschwinden solle und daß man auch Privaten Eingriffe dort gestatte. Was das letztere betrifft, so bezieht sich das wohl auf den Bau des Künstlerhauses. Das Künstlerhaus ist ein Bau, welcher zur Aufnahme einer dauernden Ausstellung moderner Kunstwerke, nicht nur von Badenern Künstlern, nicht nur von Künstlern unseres Heimatlandes und Deutschlands, sondern auch von anderen Ländern dienen soll. Dieser Bau wird von einer Gesellschaft finanziert, die sich aus Künstlern und Privaten zusammensetzt, und es soll dann die Ausstellung von einer andern derartigen Gesellschaft betrieben werden. Es ist das eine Sache, die durchaus im Interesse der Stadt Baden liegt, ein Unternehmen, welches namentlich auch von der Stadt Baden sehr begrüßt worden ist. Dieser Bau berührt aber die Lichtentaler Allee nicht. Der Bau steht hinten auf dem Gelände des alten Botanischen Gartens. Es ist das ein Platz, der an die Friedrichstraße, an die Straße anstößt, welche vom Theater hinter den Anlagen der Lichtentaler Allee durchführt, und was dort hat beseitigt werden müssen, das war ein guter Baum auf dem Gelände des Botanischen Gartens und im übrigen Strauchwerk und untergeordnete Gewächse. Also eine Schädigung der Lichtentaler Allee ist dadurch nicht eingetreten.

Was aber die Lichtentaler Allee im übrigen betrifft, so ist dies ein Gegenstand stetiger Fürsorge und banauer Sorge auch für die Groß-Regierung. Es ist ja herborgehoben worden, daß viele Bäume abgängig seien, daß sie namentlich auch durch die Misteln sehr geschädigt seien. Es ist dieser Sache nachgegangen worden, es sind Gutachten erhoben worden, und es stehen sich zwei Standpunkte unter den Gutachtern entgegen. Beide stimmen darin überein, daß der Zustand der Lichtentaler Allee eingefahrdeter ist, daß die Gefahr besteht, daß Bäume durch den Sturm umgeworfen werden, wie das schon wiederholt der Fall war, daß ferner die Gefahr besteht, daß beim Sturm große Äste herunterstürzen, und dadurch die Sicherheit des Verkehrs gefährdet wird. Auch das ist übrigens nicht nur eine Befürchtung, sondern es ist schon wiederholt eingetreten, daß solche große Äste herabgestürzt sind. Die einen Gutachter wollen nun dadurch helfen, daß die schadhafte Äste entfernt und die Räume gestützt werden. Es ist eine Anzahl von Bäumen in der Weise behandelt worden, sie sind zum Teil von 25 Meter Höhe auf 14 Meter Höhe gekürzt worden. Daß das kein schöner Anblick ist, bedarf keines Beweises, der Augenschein wird das auch bestätigen. Die Ansicht der anderen Gutachter geht dahin, daß eine planmäßige Erneuerung der Lichtentaler Allee stattfinden muß, daß streckenweise die alten Bäume niedergelegt werden müs-

jen, daß im Abstand von 5 Meter junge Bäume gepflanzt werden, und wenn diese herangewachsen sind, jeder zweite Baum herausgenommen wird, so daß Abstände von 10 Meter entstehen u. dadurch wieder ein geschlossenes schönes Ganzes entsteht. Beide Pläne haben ihre großen Nachteile. Das Stutzen der Bäume verunstaltet die Allee, das Anpflanzen junger Bäume schädigt die Allee auf Jahrzehnte. Es ist also ein Gegenstand ernstester Erwägung, was man da macht, aber eines von beiden wird geschehen müssen. Die Regierung hat, um in der Sache sicher zu gehen, ein Obergutachten von der Domänenverwaltung erhoben, und dieses Obergutachten hat sich derjenigen Kommission von Gutachtern angeschlossen, welche für eine planmäßige Erneuerung der Nidertaler Allee sich ausgesprochen hat. Die Regierung hat nun zu erwägen, welche Schritte zu ergreifen sind. Sie wird dabei die Sorge um die Erhaltung dieser Naturschönheit zu vereinigen haben mit der Sorge für die Verbehalten der Nidertaler Allee und mit der Sorge für die Sicherheit des Verkehrs.

Es ist dann von dem Herrn Abg. Dr. Gönner die Notwendigkeit eines Theatersaales hervorgehoben worden. Ich glaube, auf diese Frage hier nicht eingehen zu sollen, nachdem, wie bereits erörtert, es eben nicht möglich ist, den Theatersaal dort aufzuführen, wo er geplant war, und zugleich befriedigende Zustände in dem übrigen Teil des Konversationshauses herzustellen. Ich kann aber so viel sagen, daß die Regierung bemüht ist, hinsichtlich der Benützung des Theatergebäudes, in dem das Hoftheater spielt, befriedigende Zustände in der Richtung herbeizuführen, daß die Konversation freiere Hand für die Verwendung dieses Gebäudes bekommt. Das Nötige in der Beziehung ist eingeleitet.

Was die Notwendigkeit einer ausgiebigen Reklame betrifft, so trete ich darin allem bei, was darüber hier gesagt worden ist. Die Regierung unterstützt ja auch die Reklame in Baden-Baden. Ob es möglich sein wird, alljährlich 5000 Mark zu geben oder ob eine ähnliche Summe nur für die Budgetperiode gewährt werden kann, das vermag ich im Augenblick nicht zu beurteilen. Die Anregung, daß man sich auf Reisen unterrichten soll, was an Reklame von seiten anderer Bäder geschehen ist, ist dankenswert. Es ist ja bereits erwähnt worden, daß eine derartige Reise stattgefunden hat. Ich selbst habe mich im Ausland auch sehr für diese Dinge interessiert. Ich danke aber für die Anregung und werde in Erwägung ziehen, ob auf diesem Gebiete nicht noch mehr geschehen soll.

Es ist dann von dem Herrn Abg. Süßkind gesagt worden, daß verschiedenen Bemängelungen, die er früher erhoben habe, nicht völlig Rechnung getragen worden sei. Was zunächst das Trinkgeldeurwesen im Friedrichs- und Augustabad betrifft, so ist mir von einem Unwesen nichts bekannt. Es werden da sehr reichliche Trinkgelber gegeben, und diese werden nach einem bestimmten Modus unter dem Personal verteilt. Ich habe bisher angenommen, daß das Personal damit vollkommen zufrieden ist. Es entspricht, glaube ich, auch durchaus der Gerechtigkeit, daß eine derartige Verteilung stattfindet, damit nicht Zufälligkeiten über die Einnahmen des einzelnen Beamten entscheiden. Im übrigen wird eine Verbesserung der Bezüge der Beamten auch dadurch eintreten, daß nach dem neuen Gehaltstarif eine Anrechnung dieser Trinkgelber auf den Gehalt nicht mehr stattfindet.

Was die Plakate betrifft, durch welche die Bediensteten aufgefordert werden, sich nicht mit den Besuchern des Bades zu unterhalten und namentlich nicht über ihre dienstlichen Angelegenheiten, so ist mir von diesen Plakaten nichts bekannt, sie sind nicht vom Ministerium ausgegangen. Ich werde der Sache natürlich nachgehen, glaube aber schon jetzt sagen zu dürfen, daß doch

manches für eine derartige Mahnung an das Personal spricht. So lange eben das Personal sich mit einem Gast über seine dienstlichen Verhältnisse unterhält, ist es seinem Dienst entzogen, und dann kann es auch nicht jedem Gast, der auf seinem Ruhebett sich ausruhen will, erwünscht sein, wenn sein Nachbar derartige Gespräche mit dem Personal führt.

Was die Bemängelung des Landesbades betrifft, so wird mir gesagt, daß sie nicht mit dieser Genauigkeit unter Anführung der erwähnten Einzelheiten auf dem vorigen Landtag vorgebracht worden seien, sondern mehr in allgemeiner Weise, und daß deswegen kein Grund zu einer Erinnerung gegeben sei, wenn ihnen nicht in allen Einzelheiten abgeholfen sei. Diese Bemängelungen gehen im wesentlichen darauf hinaus, daß das Landesbad für die gestiegenen Anforderungen zu klein sei. Das ist richtig. Die Anforderungen an das Landesbad sind sehr gestiegen, die Frequenz hat bedeutend zugenommen, und es genügt diesen Anforderungen nicht mehr in vollem Maße. Es ist deshalb auch eine Entlastung des Landesbades durch das Solbad in Dürheim durch Zusammenwirken mit diesem hohen Hause eingeleitet. Was die Bedeutung dieser Entlastung betrifft, so ist sie von dem Herrn Abg. Süßkind irrtümlich zu nieder bewertet worden. Er hat gesagt, daß nach seinen Erkundigungen nur etwa 5 Proz. der Kranken, welche nach Baden kommen, ebenso gut nach Dürheim gehen könnten. Nach der Annahme des Hausarztes des Landesbades sind es aber 30 Proz., welche eben so gut nach Dürheim gehen können. Er hat dann gemeint, die Saison in Dürheim würde sich auf drei bis vier Monate beschränken. Auch in dieser Beziehung ist die Regierung anderer Ansicht; wie das schon neulich hier hervorgehoben worden ist, nehmen wir an, daß die Kurzeit in Dürheim für das Solbad auf die Zeit vom 1. Mai bis 1. November zu bemessen sein wird. Es stützt sich diese Annahme auf Benchmen mit den örtlichen Faktoren, die über die Verhältnisse doch unterrichtet sind und namentlich hervorgehoben haben, daß gerade die Herbstmonate dort auf der Höheebene meistens oder doch oft sehr schön sind. Ich habe neulich schon gesagt, daß, wenn uns in Dürheim während dieser Monate 45 Betten zur Verfügung stehen, das die Unterbringung von im ganzen 260 Personen mit 8000 Verpflegungstagen im Jahre gewährleistet. Es ist das also eine ganz bedeutende Entlastung für Baden, aber ich verkenne nicht, daß wahrscheinlich diese Entlastung nicht ausreichen wird, daß wir also die Erweiterung des Landesbades in Baden selbst im Auge behalten müssen. Ich kann Sie versichern, daß meine Aufmerksamkeit diesem Punkte zugewendet bleiben wird.

Wenn beklagt wurde, daß die Patienten schon um 5 Uhr heraus müssen, wenn sie baden wollen, so ist das ja allerdings mißlich, allein ich darf doch darauf aufmerksam machen, daß auch in anderen Bädern, zum Beispiel in Gastein, sehr reiche und hochgestellte Persönlichkeiten ihre Bäder um 5 Uhr nehmen müssen, weil sie sonst nicht an die Reihe kommen, da der Besuch sehr stark ist. Sie gehen aber dann nachher wieder zu Bett, ruhen sich aus, und ich glaube, daß dieser Schlaf nach dem Bad nur gut sein wird. So schlimm ist also die Sache nicht.

Was die Wartezeit anbetrifft, daß durchschnittlich 12 Wochen vergehen, ehe jemand in das Landesbad berufen wird, so kann ich auf Grund des mir jetzt zur Verfügung gestellten Materials nicht sofort mit einem Widerspruch kommen, ich kann nur sagen, ich glaube nicht, daß diese Durchschnittszahl richtig gegriffen ist. Im übrigen erklärt sich die lange Wartezeit, die auch ich durchaus beklage, und zu deren Abstellung gerade auch die Entlastung durch Dürheim eintreten soll, vielfach da-

durch, daß eben die Patienten alle zu einer bestimmten Zeit nach Baden wollen, daß sie gerade in den schönsten Monaten der Badezeit kommen, und daß diejenigen, die man auf einen früheren oder späteren Termin einberufen will, dagegen protestieren, und dadurch der Hauptandrang der Patienten sich auf eine kürzere Zeit beschränkt, als die Badesaison im ganzen ist.

Wenn dann von dem Herrn Abg. Stiefkind gesagt wurde, daß die Frau des Verwalters des Landesbades vom Staate zu Diensten herangezogen werde, ohne dafür ein Entgelt zu erhalten, so ist das nicht richtig. Man hat angenommen, daß ihre Dienste durch das entgolten sind, was ihr und ihrem Ehemann zusammen gegeben wird. Die ganze Familie hat ja freie Station im Landesbad. Es ist mir nicht bekannt geworden, daß darüber geklagt wurde, daß der Verwalter und seine Frau nicht entsprechend gestellt seien, aber jedenfalls wird der Verwalter selbst durch den neuen Gehaltstarif besser gestellt werden. Immerhin werde ich dieser Anregung, wie jeder, die hier gegeben wird, nachkommen.

Ich darf zum Schluß noch darauf zurückkommen, was der Herr Abgeordnete Dr. G ö n n e r gesagt hat, er gebe sich der Erwartung hin, daß die 5400 Mark, welche beim Titel XI § 4 abgesetzt sind, in einem Nachtrag angefordert werden. Es ist das bereits zugesagt, und ich wiederhole diese Zusage. Es ist ganz selbstredend, daß die Regierung diesen Zuschuß nicht einstellen oder verkürzen wird, ohne sich mit der Stadt Baden verständigt zu haben. Auch für die künftige Gestaltung der Dinge gilt, ich wiederhole das, daß es das Bestreben der Regierung sein wird, in freundschaftlichem Einvernehmen, in freundschaftlicher Auseinandersetzung mit der Stadt Baden zu einer Verständigung, zu einer Neugestaltung der finanziellen Beziehungen zu gelangen, eingedenk dessen, daß wir beide derselben Sache dienen, dem Wohle unserer schönen Bäderstadt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. G ö n n e r (natl.): Gestatten Sie mir nur noch einige wenige Worte. Ich möchte den Herren Kollegen aus dem Hause, welche sich meiner Angelegenheit angenommen haben, meinen herzlichen Dank sagen, insbesondere aber meinen aufrichtigen Dank gegenüber dem Herrn Minister auszusprechen mir erlauben, da er in so überaus freundlichen Worten der Stadt Baden gedacht hat. Ich werde ihm stets gedenken, daß er die Stadt Baden, die ich hier zu vertreten die Ehre habe, als ein köstliches Kleinod des badischen Landes bezeichnet hat; ich bin ihm aber auch dankbar dafür, daß er an der Hand von statistischen Belegen, die ihm von Baden aus zugekommen sind, nachgewiesen hat, daß es nicht richtig ist, wenn behauptet wird, daß Baden seit 10 Jahren auf einem toten Punkt angelangt ist. Man kann natürlich sagen, es ist nichts Großes geschehen, was der ganzen Welt zur Kenntnis gekommen ist, wie zum Beispiel der Neubau eines Kurhauses in Wiesbaden, was so große Sensation gebracht hat. Etwas derartiges ist allerdings in Baden nicht geschehen. Auf der anderen Seite aber ist richtig, daß eine Abnahme des Besuchs des Bades durchaus nicht stattgefunden hat, und es ist auch zweifellos richtig, daß, wenn jemand nach 10 Jahren wieder nach Baden kommt, er sich über die bauliche Ausgestaltung der Stadt wundern wird, und ich glaube, auch der Herr Finanzminister hat seine Freude daran: Wenn er die jetzigen Steuerkataster ansieht und diejenigen vor 10 Jahren, dann wird er einen großen Unterschied zu Gunsten der Steuerkasse wahrnehmen können. Wir sind ja bei der Neueinschätzung der Gebäude leider am meisten im Lande gesteigert worden. Im übrigen kann ich nur dankbar dafür sein, wenn gesagt worden ist, daß Baden nicht

totgeblieben ist, es hat sich, so gut es unter den Umständen möglich war, vorwärts zu arbeiten gesucht. Der Besuch, das ist ganz richtig vom Regierungssicht aus gesagt worden, hängt eben vielfach von Zufälligkeiten ab. Manchmal ist schlechtes Frühjahrswetter die Ursache des mangelnden Besuchs während zwei bis drei Monaten, auch die gegenwärtigen Finanzverhältnisse haben hierauf einen Einfluß, aber mit derartigen Dingen muß man überall rechnen, und Baden kann sich ihnen selbstverständlich auch nicht entziehen.

Seitens der Groß-Regierung ist nun in Aussicht gestellt worden, daß man dem beklagenswerten Zustande des Restaurationsgebäudes derart abhelfen wolle, daß schon in der nächsten Saison eine Verbesserung sich fühlbar machen werde.

Hinsichtlich der Hauptfrage, wie es mit der Verwendung von Mitteln aus dem Badfond steht, hat der Herr Minister gesagt, daß das als eine offene Frage zu betrachten sei.

Was den Neubau des Restaurationsgebäudes anbelangt, so kann ich nur das eine dem Herrn Minister gegenüber einwenden: Davon bin ich doch weit entfernt gewesen, ihm den Vorwurf der Unzuverlässigkeit machen zu wollen. Ich habe nur gesagt, der jetzige Oberbürgermeister und meine Wenigkeit seien sehr froh gewesen, nachdem man uns gesagt hatte, daß der Herr Minister sich an die Zusage seines Herrn Vorgängers für gebunden halte, und wir haben geglaubt, daß man auf der beschrittenen Bahn weiter schreiten werde. Ich bemerke dazu, daß in einem Erlaß des Ministeriums der Stadt Baden gegenüber ausdrücklich erwähnt worden ist, daß die Zustimmung zu dem von der Stadt aufgestellten Projekt des Professors Fischer, welches übrigens auch von der Ministerialbaukommission als allgemeine Grundlage für den Neubau gutgeheißen wurde, auf Grund einer neuerlichen Begutachtung des staatlichen Bauverständigen erfolgt sei. Im Hinblick hierauf hat natürlich die Stadt gemeint, es werde jetzt vorwärts gehen, und der Hotelbesitzerverein hat seinerseits sogar in einem Generalversammlungsbeschlusse dem Stadtrat gegenüber erklärt, er sei erfreut über das Projekt des Professors Fischer-Stuttgart und betrachte dasselbe als einen geeigneten Neubau des Kurhausrestaurants mit Theaterfaal. „Die Versammlung begrüßt einstimmig die baldige Inangriffnahme des Baues als einen bedeutenden Schritt nach vorwärts in den künftigen Entwicklungsverhältnissen unserer Bäderstadt und spricht dem Stadtrat für die energische Förderung dieser Sache ihren Dank und rückhaltlose Anerkennung aus.“ Nun habe ich gesagt: Nachdem die neuerliche Ablehnung des Ministeriums erfolgt war, hat man das als eine Enttäuschung empfunden. Und das ist doch auch ganz begreiflich, nachdem man sich in allen Kreisen der Stadt der Ueberzeugung hingegeben hatte, daß es vorwärts gehen werde, und zwar sehr bald, und vorwärts gehen werde in dem Sinne, wie die Stadtbehörde sich das gedacht hat.

Es ist nun freilich gesagt worden, der Theaterbau sei nicht möglich. Aber daß die Stadtverwaltung diesen Theaterbau entbehrt, das ist ganz zweifellos. Ich bin dafür dankbar, wenn das Ministerium des Innern auch dafür sorgt, daß wir in der Benützung des Theaters freiere Hand bekommen werden. Das Ministerium hat übrigens selbst sogar der Stadt eine Entschädigungsleistung für die Benützung des Mobiliars im Theater auferlegt. Wenn hier Entgegenkommen gezeigt wird, so können wir das nur mit großem Dank aufnehmen. Gegenüber einer Bemerkung, die von der anderen Seite gefallen ist, daß das Hoftheater Vorstellungen in Baden gebe und dabei finanziellen Schwierigkeiten begegne, möchte ich nur das Eine sagen: Der Badfond bezahlt für das Hoftheater 34 000 M. jährlichen Zuschuß, und wenn man

sagt, das Hoftheater macht dort schlechte Geschäfte, so möchte ich fragen: Was macht denn das Hoftheater hier in Karlsruhe für gute Geschäfte? (Heiterkeit.) Wenn man nicht einen Zuschuß von 300 000 bis 400 000 M. aus der Hofkasse hätte, so würde das hiesige Theater überhaupt nicht existieren können. Es ist eine allgemeine Erfahrungstatsache: Ueberall, gehen Sie nach Mannheim oder gehen Sie nach Köln oder sonstwo hin, überall reichen, wenn man gute Künstler, wenn man Künstler ersten Ranges haben will, die Einnahmen der Alltage nicht hin, um die Kosten zu decken. Man muß allenthalben auf reiche Zuschüsse zum Betriebe solcher hervorragender Kunstinstitute reflektieren.

Nun hat der Herr Minister insbesondere eine Aeußerung getan, die mich mit großer Genugthuung erfüllt: man wolle durch gegenseitiges Uebereinkommen auch diejenigen Fragen zu lösen suchen, die jetzt noch in der Schwebe sind. Es ist mir entgegengehalten worden, daß ich einmal hier gesagt habe, die Stadt werde eine rechtliche Geltendmachung der Verhältnisse aus dem Uebereinkommen vom Jahre 1872 nicht wollen. Ich lege dem Nachdruck auf das Wort „wollen“. Ich habe damals schon immer die Meinung gehabt, daß wir nicht im Prozeßwege mit der Staatsverwaltung derartige Fragen auseinanderzusetzen wollen, sondern auch von unserer Seite ist stets das Bedürfnis empfunden worden, auf dem Wege gültlicher Vereinbarung mit der Großh. Staatsregierung auszukommen, und ich bin sehr froh darüber, daß der Herr Minister uns nun auch in Aussicht gestellt hat, er werde die Fragen, die noch schweben und die er mit Recht akademische Fragen genannt hat mit der Gesinnung des Wohlwollens gegenüber der Stadtgemeinde zu regeln suchen, um auch auf diesem Wege die Hand zu bieten, daß für alles, was die Stadt im Sinne hat und im Sinne haben muß, auch die Hilfe des Staates nicht ausbleiben werde.

Die Frage der Einführung der obligatorischen Kurtaxe ist nicht so einfach, wie die Herren von der Staatsregierung denken. Denn es sind doch in Baden auch manche Leute, die in dieser Beziehung Bedenken haben. Die Wiesbadener sind in der ganz gleichen Lage. Sie haben auch schon lange dieses Projekt in der Luft schweben und haben sich bisher nicht dazu entschließen können, dasselbe zu verwirklichen. Und wer aus eigener Erfahrung gesehen hat, wie diese obligatorische Kurtaxe auf die Fremden in anderen Badestädten wirkt, der wird nicht sehr begeistert dafür sein. Es ist wirklich nicht schön und nicht angenehm, wenn gleich am ersten Tag ein Bediensteter ins Haus kommt und fragt: Wie steht es mit Ihnen, was haben Sie für einen Beruf usw.; denn nach der Zahlungsfähigkeit wird beurteilt, ob man in die erste, zweite oder dritte Klasse kommt. Das sind keine angenehme Dinge, die man allerdings bei Einführung der obligatorischen Kurtaxe in Baden vermeiden könnte. Ich sage auch im allgemeinen, es gewinnt die Bäderstadt an Bornehmtheit sicherlich nicht durch Einführung einer obligatorischen Kurtaxe; aber man wird sie ja voraussichtlich doch nicht umgehen können. Nun sind aber auch Interessenten da, die z. B. sagen: Wenn man eine obligatorische Kurtaxe einführt, dann muß man ein paar Tage frei lassen, ehe die Kurtaxe kommt. Und dann fürchten wieder manche im Geschäftsleben Beteiligte: Wenn einer die frei gelassenen Tage hinter sich hat, dann reißt er am darauffolgenden Tage wieder ab, damit er von der Bezahlung der Kurtaxe befreit bleibt. Das sind vielleicht Ansichten, die nicht begründet sind. Aber sie sind einmal da, und deshalb gibt es eben auch Gegner der Einführung der obligatorischen Kurtaxe. Ich gebe aber zu, daß man sie, wie schon gesagt, nicht wird entbehren können, namentlich wenn die Großh. Regierung darauf bestehen sollte, daß man der Stadt die

Einnahme aus dem Restaurationspacht entziehen will. Ich bin übrigens der Meinung, daß, wenn die Regierung aus den Badfondmitteln das Nötige nicht mehr bestreiten kann, sie sich doch selbst, wenn auch nur moralisch, für verpflichtet halten sollte, aus allgemeinen Staatsmitteln Zuschüsse zu leisten, wie es ja zum Teil auch schon in früheren Jahren geschehen ist, wo einmal etwa 45 000 M., welche der Badfond nicht aufbringen konnte, aus der allgemeinen Staatskasse entnommen wurden.

Das aber muß ich immer wiederholen: Die Gemeindesteuer in einer Fremdenstadt zu hoch zu schrauben, das ist im höchsten Grad verwerflich, und manche Fremdenstädte weisen immer nachdrücklich darauf hin, daß sie niedrigere Steuern haben als andere. Also wir müssen in dieser Beziehung die größte Vorsicht walten lassen. Und wenn man sagt, die Kurtaxe müßten ja die Fremden, nicht die Einwohner, bezahlen, so träfe das dann nicht zu, wenn z. B. Leute ihren Erwerb dadurch eingeschränkt sähen, daß eben die Fremden nicht mehr so lange in der Stadt aushalten, wie sie es bisher getan haben.

Sodann bin ich dem Herrn Minister auch dafür dankbar, daß er hinsichtlich der Erhaltung der Lichten-talerallee ein zutreffendes Wort gesprochen hat. Das ist eine sehr schwierige Frage, die auf irgend eine Weise gelöst werden muß. Die Stadt hat selbst eine derartige Frage in der Seufzerallee gegenüber dem Landesbad zu lösen; diese Seufzerallee muß auch versüßigt werden, und wir haben damit angefangen, einen Teil der Bäume durch junge zu ersetzen, und zwar durch mehrjährige Stämmchen, damit das Wiedererstehen des Zusammenhangs nicht so sehr erschwert wird. Aber wenn man nicht Luft macht durch Beseitigung von großen Bäumen, so kommen die jungen eben nicht in die Höhe, und deshalb muß man hier und da durch Ausfüllung oder durch Fällung von einzelnen Bäumen Luft schaffen.

Die Frage der Erbauung eines Kunstausstellungsgebäudes hat der Herr Minister auch besprochen. Die Sache verhält sich in der Tat so, daß die Allee nicht wesentlich dadurch beeinträchtigt wird. Die Stadtbehörde hat sich diesem Projekte nicht entgegenstellen wollen. Wir haben ja schon bisher im Konversationshause eine solche Gemäldeausstellung seit vielen Jahren veranstaltet, und zwar, wie gesagt wurde, nicht allein zugunsten der badischen, insbesondere der Karlsruher Künstler, sondern auch anderer deutscher Künstler. Eine derartige Unternehmung, hat man also geglaubt, sei von Nutzen für die Allgemeinheit, und deshalb hat die Stadtbehörde ihrerseits dem Projekte zugestimmt. Allerdings waren die Meinungen in der Stadt auch geteilt, es sind einige Leute auch anderer Ansicht gewesen.

Ich wiederhole nun zum Schluß, ich gebe mich der Hoffnung hin, daß es bei dem vom Herrn Minister in Aussicht gestellten freundlichen Verhältnis zwischen Staatsverwaltung und Stadtbehörde verbleiben werde, und daß wir auf diesem Wege auch diejenige Hilfe seitens der Staatsregierung erhalten werden, die wir nicht entbehren können. Denn wenn wir auf den Zuschuß von 77 150 M. verzichten müßten und dazu die Restaurationspacht in die Badfondskasse fließen sähen, wären wir nicht in stande, ohne eine wesentliche Steuererhöhung das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde aufrecht zu erhalten. Die Ausgaben der Stadtverwaltung wachsen von Jahr zu Jahr, denn die Ansprüche nach dieser Richtung kommen von allen Seiten und müssen zum größten Teil befriedigt werden. Deshalb glaube ich, man sollte uns ständig zu helfen bestrebt sein, und ich danke für die Zusage des Wohlwollens in diesem Sinne (Beifall).

Die allgemeine Beratung wird geschlossen.

Das Schlusswort erhält der Berichterstatter

Abg. K o p f (Zentr.): Als Berichterstatter kann ich mit Genugtuung feststellen, daß das Wohlwollen, von welchem die Kommission bei der Beurteilung der Baden-Badener Verhältnisse sich leiten ließ, auch heute allgemeine Unterstützung gefunden hat, auch seitens der Großh. Regierung. Ein Differenzpunkt zwischen der Auffassung des Herrn Kollegen Dr. Gönner, des Vertreters von Baden-Baden, und der Großh. Regierung hat sich freilich ergeben, nämlich wegen der Fortzahlung des bisherigen Staatszuschusses von 77 150 Mk. und des Anspruchs des Fiskus auf Bezug des Pachtzinses von der Erbauung des neuen Restaurationsgebäudes ab. Der Herr Kollege Dr. Gönner hat den Standpunkt vertreten, daß der Badfond nicht weiter angegriffen werden soll und der Zuschuß von 77 150 Mk. auch nach Erstellung des Neubaus fortbezahlt werden müsse. Der Herr Minister hat demgegenüber den Standpunkt vertreten, daß der Badfond zum beabsichtigten Neubau angegriffen werden kann und soll, und daß, wenn eben der Badfond die entsprechenden Ueberschüsse nicht mehr abwirft, dann der Zuschuß seitens des Staates nicht mehr fortbezahlt zu werden braucht.

Die Kommission hat sich mit der Rechtsfrage ja nicht beschäftigt. Für meine Person möchte ich allerdings der Meinung Ausdruck geben, daß, wenn man die Sache allein vom Rechtsstandpunkte aus betrachtet, gegen die Ausführung der Gr. Regierung wohl kaum irgend etwas Stichthaltiges eingewendet werden kann. Es hat ja auch die Stadtverwaltung von Baden, wie schon erwähnt wurde, früher selbst anerkannt, daß ihr ein im Zivilwege klagbares Recht auf Fortzahlung dieses Beitrages nicht zusteht. Ich habe aber mit Freude gehört, daß auch die Gr. Regierung auf dem Standpunkte steht, daß die ganze Frage im Wege des Einvernehmens geregelt werden soll, und das entspricht zweifellos auch der Meinung dieses Hohen Hauses und namentlich der Meinung der Budgetkommission. Es erscheint mir dringend wünschenswert, daß, bevor mit dem Neubau begonnen wird, durch ein derartiges Einvernehmen eine Neuregelung dieser Rechtsverhältnisse zwischen der Regierung und der Stadt Baden erzielt wird, damit Rekrutationen für alle Zukunft abgebrochen werden. Ich möchte auch der Meinung Ausdruck verleihen, daß es zweifellos auch den Absichten dieses Hohen Hauses entsprechen wird, wenn die Gr. Regierung bei aller berechtigten Wahrung des Rechtsstandpunktes der Billigkeit in weitgehendem Maße Rechnung tragen wird. Wenn auch der Staat, nachdem er gebaut haben wird, die Pachtverträge für sich wird beanspruchen und den bisherigen Zuschuß wesentlich wird herabsetzen müssen, wird es nach meiner Ueberzeugung doch auch in diesem Hohen Hause Billigung erfahren, wenn die Regierung, sofern die Stadt Baden mit der zu erhebenden Kurlage nicht auskommen sollte, ihr auch in Zukunft mit einem Betrag an die Hand gehen will, wenn solcher allerdings auch die Höhe von 77 150 M. nicht wird erreichen können.

Was die Kurlage betrifft, will es mir scheinen, daß die Herren von Baden hier etwas zu ängstlich sind und etwas zu schwarz sehen. Ich glaube, was anderwärts möglich ist, ohne daß der Besuch darunter erheblich leidet, wird auch in Baden möglich sein, und wir wollen hoffen, daß durch Einführung dieses unvermeidlichen Mittels und bei dem Wohlwollen, das die Großh. Regierung in Aussicht gestellt hat, die Stadt Baden auch in Zukunft weitere Fortschritte machen wird, wie wir ja auch mit Freude gehört haben, das die Behauptungen, die da und dort ausgesprochen worden sind, als ob die Frequenz von Baden

zurückgegangen sei, durchaus unzutreffend sind, daß Baden sich vielmehr in einer ständigen Aufwärtsbewegung befindet. Wir wollen hoffen, daß dieser Fortschritt auch im Zukunft Stand halten wird (Beifall).

Bei dem sich hieran anschließenden Aufruf der einzelnen Positionen des Sondervoranschlags der Badanstaltenverwaltung für die Jahre 1908/09 ergreift niemand das Wort.

Dem Antrag der Budgetkommission entsprechend werden die Anforderungen der zur Beratung vorgelegenen Titel des Budgets des Ministeriums des Innern (abgesehen von den ausgesetzten Positionen) und des Spezialbudgets der Badanstaltenverwaltung genehmigt.

Es werden hierauf auf Vorschlag des Abg. G i e f f e r l e (Zentr.) zur Beratung des Antrages der Abgg. O b f i r c h e r u. Gen. über die Verwertung der Wasserkräfte, dem gleichen zur Beratung über den Entwurf eines Ortsstrafengesetzes und ferner zur Beratung über die kirchenpolitischen Anträge Sonderkommissionen gebildet.

Zu Mitgliedern der „Kommission für Wasserwirtschaft“ werden die Abgg. Dr. Blankenhorn, Gilbert, Dr. Obkircher, Quenzer, Neumann, Ries, Beneden, Gießler, Geppert, Görlacher, Frhr. v. Gleichenstein, Sergl, Schmidt-Karlruhe, Wittenmann, Donaueschingen, Bösch, Kräuter, Gierich, zu Stellvertretern für den Abg. Dr. Blankenhorn Abg. Pfeifferle und für den Abg. Gilbert der Abg. Franz bestimmt.

Zu Mitgliedern der „Kommission für das Ortsstrafengesetz“ werden die Abgg. Dr. W i l d e n s, Dr. Binz, Burkhard (und für diesen als Stellvertreter der Abg. Neuwirth), ferner die Abgg. Vogel, Kopf, Neuhaus, Schmidt-Karlruhe, Wiedemann, Bruchsal, Geß, Forst, Reiffel bestimmt.

Zu Mitgliedern der „Kommission für die kirchenpolitischen Anträge“ werden die Abgg. Dr. Binz, Pfeifferle, Müller, Dr. Geimburger, Büchner, Dieterle, Kopf, Wittenmann, Donaueschingen, Bechtold, Süßkind, Schmidt-Bretten bestimmt.

Schluss der Sitzung 12 Uhr 50 Minuten.

* Karlsruhe, 2. März. 41. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 5. März 1908, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel XVI und Einnahme Titel VII (Landwirtschaft) — Druckfache Nr. 12c — Berichterstatter: Abg. Schüler

und damit in Verbindung:

I. Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Anträge der Abgg. Neuwirth und Genossen

a. die Beschleunigung der Feststellung der Vergütung für die durch Truppenübungen entstandenen Flurschäden betreffend (Druckfache Nr. 35),

b. die Aenderung des Servistarifs, Beilage 1 zum Reichsgesetz vom 6. Juli 1904, durch Erhöhung der Quartiervergütung für Dienstpferde betreffend (Druckfache Nr. 36) — Druckfache Nr. 35 (36) a — Berichterstatter: Abg. Neuwirth;

II. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Vanschied und Genossen, die Ergreifung von Maßnahmen gegen den drohenden Niedergang des Bichorienanbaus betreffend (Druckfache Nr. 47).

Berantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Otto Wallt
Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.